Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 19. August 1919. 30. Jahrgang • Nr. 193.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 161 63.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil.

Standrecht und Arbeitszwang.

Die Erdrosselung der oberschlesischen Arbeiterbewegung.

Aufhebung des Streikrechts! Militär an den Gruben!

Breslau, 18. August. (W. T. B.) Von seiten des Kommandierenden Generals des 6. Armeekorps und des Staatskommissars für Schlesien und Posen wurde heute der verschärfte Belagerungszustand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Oppeln mit Ausnahme der Kreise Lesbschütz, Neustadt, Neiße, Grottkau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streiks. Alle streikenden und von der Arbeit durch Zwang ferngehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

Das Streikrecht aufgehoben!

Gleiwitz, 18. August. (W. T. B.) Der Staatskommissar erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens, in dem es heißt: Unter den nichtigsten Vorwänden, mit Lug und Trug werden Streiks (der Generalstreik) inszeniert. Infolgedessen herrscht im Lande bitterste Kohlennot. Die Fabriken müssen stillgelegt werden. Allen diesen Verbrechen kann ich nicht länger zuschauen, besonders nicht, als Sonntag und Montag ein Putsch inszeniert wurde. Es ist daher das Standrecht verkündet, das Streikrecht aufgehoben und die Arbeitsaufnahme angeordnet worden. Ich ersuche alle vernünftigen Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen und für Ruhe und Ordnung einzutreten, damit es nicht zu den schweren Strafen, die das Standrecht verlangt, kommt.

Militärische Besetzung der Gruben.

Berlin, 18. August. Die Regierung läßt melden: Die oberschlesischen Gruben wurden heute von Militär besetzt. Ueber irgendwelche Zusammenstöße mit den Streikenden oder sonstige Zwischenfälle liegen noch keine Nachrichten vor.

Behauptungen über „Aufruhr".

Aus Kattowitz, 18. August, meldet die Nat.-Ztg.: Die Lage im ganzen Bezirk ist äußerst ernst. An vielen Stellen steht das Militär im Kampfe mit den Aufrührern. Ueberfallartige Angriffe erfolgten in der letzten Nacht in Tarnowitz, Naklow, Radzienkau, Hohenlinden, Karf, Scharlei. Ueberall wurden die Putschversuche durch Reichswehr und Mannschaften des Freiwilligenkorps Hüllemann im Keime erstickt. Um 9.45 vormittags war Schomberg in den Händen von ungefähr 200 Aufrührern. Ein starkes Schutzmannsaufgebot wurde sofort dorthin entsandt, so daß auch hier die Niederwerfung des Aufstandes gesichert erscheint.

Ob diese Nachrichten wahr sind, steht dahin.

Die Antwort der Arbeiter!

Auf das Streikverbot und die Verhängung von Arbeitszwang und Standrecht haben die Arbeiter vorerst mit der weiteren Ausbreitung des Streiks geantwortet!

Eine Meldung besagt:

Kattowitz, 18. August. Die Obleute der oberschlesischen Gruben, Hütten und Zentralen haben heute eine Entschließung angenommen, in der gegen die Behauptung, daß die Kommunisten den Streik hervorgerufen haben, Verwahrung eingelegt wird. Der Streik sei infolge der Nichterfüllung dringender Wünsche der Arbeiter ausgebrochen. Die Arbeiterschaft Oberschlesiens sei fest entschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

W. T. B. meldet: Kattowitz, 18. August. Der Streik geht weiter. Hinzugekommen sind fünf Gruben des Nubniker Reviers. Vom Streik unberührt ist nur noch der Hultschiner Bezirk.

Die Eisenbahner.

Eine Berliner Meldung von W. T. B. besagt:

Obwohl nunmehr der Arbeitszwang in Oberschlesien eingeführt ist, greift der Streik immer mehr um sich. Verschärfend für die allgemeine Lage kommt hinzu, daß die Breslauer Eisenbahner mit neuen Forderungen an die Regierung herangetreten sind und bei Ablehnung der Forderungen mit einer größeren Aktion drohen.

Ueber polnische Banden

wird viel gemeldet. Es heißt da: Nachts versuchten polnische Banden einen Ueberfall auf die Wache in Beuthen. Ferner wurde in Schomberg das Schloß des Grafen Schaffgotsch angegriffen und der Gendarm, der die Polen verscheuchen wollte, erschossen. In Scharlei und Borkenhain sind ebenfalls die Polen eingedrungen. Von Beuthen aus ist alles verfügbare Militär aufgeboten worden, um die Polen aus den Grenzorten, wo sie sich eingenistet haben, zu verjagen. In Hohenlinden entwaffneten 200 Polen die Bewachungssoldaten und die Polizeiwache. In der Nähe von Auschwitz versuchten hundert polnische Legionäre die Grenze zu überschreiten und sich mit den polnischen Banden zu vereinigen. Deutsche Truppen, die in Stärke von einem Bataillon Marineinfanterie sofort dorthin entsandt wurden, schlugen die Polen in die Flucht. Die Nachrichten vom Eintreffen polnischer regulärer Truppen sollen angeblich bestätigt sein. Sicheres steht jedoch nicht fest.

Greueltaten werden in der bürgerlichen Presse gemeldet: Im Kreise Pleß sollen angeblich an einer einzigen Stelle 18 scheußlich zugerichtete Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden worden sein.

Die Mörderliga in Stockholm.

Aus Stockholm wird der Freiheit geschrieben:

Vor einigen Tagen berichtete die Presse, daß die schwedische Polizei einer großangelegten russischen Antibolschewistischen Liga auf die Spur gekommen sei, die allein in Schweden drei politische Morde beweiserheblich hat. Die Nachforschungen, die bei weitem als noch nicht abgeschlossen gelten können, haben bisher ergeben, daß diese Verschwörung seit über Jahresfrist organisiert ist. Auch sonst hat die Untersuchung viele interessante Einzelheiten über das Treiben der russischen Konterrevolutionäre im Auslande erbracht.

Die Liga führte nach Aussage eines Verhafteten die Bezeichnung „Internationaler Verband zur Wiedererrichtung des Kaisertums in Rußland, Abteilung Stockholm" und stellte sich die Wiedereinführung des Zarentums als Ziel hin. Als Zaren hatte man den Schwager des ehemaligen Zaren, den Großfürsten Alexander Michailowitsch ausersehen. Die Liga stand in intimer Fühlung mit dem ehemaligen Premierminister Trepow, ferner mit General Lan, Adelsmarschall Sawitzki, General Judenitsch und anderen bekannten Persönlichkeiten aus der Zeit der russischen Reaktion. Bisher sind fünfzehn Personen verhaftet worden, darunter die meisten hohe russische Offiziere. Der Leiter der schwedischen Filiale war der Kosakenoberst Hadjetlache, ein kaukasischer Fürst und ehemaliger Chef des Leibkosakenregiments des Zarewitsch. Unter den Verhafteten befindet sich auch der General Gyffer.

Als Lockmittel benutzten die Verschwörer schwedische Damen, auch ist eine finnische Frau in der Angelegenheit verwickelt. Ihre Opfer wurden per Automobil in eine in der Nähe Stockholms befindliche Villa gebracht, hier fand dann das „Standgericht" statt. Das Opfer wurde dann mittels einer Schnur erdrosselt, die Leiche in einen Sack genäht, dieser mit Steinen beschwert und in den nahegelegenen See versenkt. Bisher sind die Leichen des Großindustriellen und Publizisten Ardaschow, des Ingenieurs Calve und des Journalisten Lewitsky identifiziert worden. Alle haben früher einmal mit der bolschewistischen Regierung in loser Fühlung gestanden.

Bezeichnend ist, daß man bei den Opfern auch größere Geldbeträge vermutete, denn stets hat man auch bei den Betreffenden Einbrüche verübt. Auch der versuchte Einbruch in dem Konsulat der Sowjetregierung in Stockholm wird der Liga zugeschrieben. Ob mit den bisherigen Ermittelungen die Liste der Todesopfer erschöpft ist, kann mit Sicherheit nicht behauptet werden. Fest steht jedenfalls, daß auch andere Personen auf der Liste der Todeskandidaten standen, darunter auch der konsularische Vertreter der Sowjetregierung in Amerika, Professor Lomonosoff, der sich seit einiger Zeit in Stockholm aufhält.

Alle diese Angaben beruhen auf Erkundigungen der Polizei und auf Geständnissen der Verhafteten. Der weitere Verlauf der Untersuchung und die in etwa drei Wochen stattfindende Verhandlung dürfte noch manches Interessante ans Tageslicht fördern und die Fäden der Verschwörertätigkeit der russischen Zaristen auch in anderen Ländern aufdecken.

Generalstreik im Ober-Elsaß.

Mülhausen, 18. August. Im ganzen Oberelsaß ist von der Arbeiterschaft ab heute der Generalstreik erklärt worden. In Mülhausen hat die Straßenbahn den Betrieb eingestellt. Am Sonntagmorgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Ausstand ebenfalls lahmgelegt.

Ein Untersuchungsausschuß

über die Schuld am Kriege.

Weimar, 18. August. Der Verfassungsausschuß beschloß einen Antrag: Die Nationalversammlung wolle beschließen, auf Grund der Verfassung des Deutschen Reiches, Artikel 34, alsbald einen Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch Erhebung aller Beweise festzustellen:

1. Welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlauf beeinflußt haben. Insbesondere:
2. Ob Möglichkeiten sich im Verlaufe des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind.
3. Ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treu und Glauben gewahrt worden sind.
4. Ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet und geduldet worden sind, die die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.

Weiter beschloß der Verfassungsausschuß den Unterausschuß mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wegen Errichtung eines ordentlichen Staatsgerichtshofes zu beauftragen. Die Reichsregierung hat ihre Zustimmung zu diesem Beschluß erklären.

Ausführungsgesetze. Weimar, 18. August. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag, das in zehn Abschnitte gegliedert, nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Der Nationalversammlung ist ferner der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919 zugegangen.

Spitzelwirtschaft und Menschenhandel.

Unserem Berliner Parteiblatt, der Freiheit, hat ein günstiger Wind in den letzten Tagen allerlei interessante Berichte und Dokumente auf den Redaktionstisch geweht, die überaus charakteristisch sind für die Tätigkeit der heutigen Regierung. Mit großem Pathos versichert die Regierungspresse immer wieder entgegen unseren praktischen Erfahrungen, daß es „keine" Regierungsspitzel gibt. „Unsere Partei hält sich fern von dem Spitzelwesen," so tönt es immer wieder. Wie aber in der Tat die heutige Regierung sich auch der allerwiderwärtigsten Kampfesmethoden des vergangenen Regimes bedient, das zeigt die Feststellung der Freiheit:

Im Hause Bellevuestraße 7 in Berlin befinden sich die Räume der Bezirksorganisation des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins. In einem dieser Räume befindet sich seit Ende April der von der Regierung gegründete Verlag für soziale Aufklärung, der mit dem rechtssozialistischen Verbandsbureau Hand in Hand, arbeitet. Der Vertrieb von Broschüren und Flugblättern ist seit Monaten eingestellt, dafür betätigen sich die Angestellten des Verlages in ausgiebigster Weise als Regierungsspitzel.

Die Leiter des Verlages sind die Herren Wucherpfennig und Knothe, die in ständiger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt stehen. Die Hauptaufgabe der Spitzelorganisation besteht darin, Material über die Kommunistische Partei, insbesondere über ihre Führer zu sammeln. Zu diesem Zweck werden bezahlte Spitzel beauftragt, sich bei der Kommunistischen Partei als Mitglieder einzuschreiben. Namen und Adressen der Führer auszukundschaften, über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen zu berichten usw. Diese Spitzelorganisation hat ihre Agenten fast in allen Berliner kommunistischen Bezirken.

Der Betrieb in dem Spitzelbureau in der Bellevuestraße ist außerordentlich lebhaft. Es gehen da täglich 15 bis 20 Agenten aus und ein, die ihre Berichte übermitteln. Diese Berichte gehen dann — an die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes, von wo sie nach Kenntnisnahme zurückgegeben werden. Uns liegt das Original eines solchen Spitzelberichtes, datiert vom 30. Juni d. J., vor. Der Bericht handelt von einer Mitgliederversammlung der K. P. D. am 27. Juni in einem Berliner Vorort und gibt ausführlich den Inhalt der angeblich dort geführten Verhandlungen wieder. An der Spitze des Berichtes findet sich folgender Vermerk:

Nach Kenntnisnahme mit Dank zurückgesandt.

gez. Nadolny, 2. 7.

Der Briefumschlag, in dem dieser Bericht zurückgesandt wurde, trägt den Stempel des Auswärtigen Amtes. Adressiert ist er an Herrn Wucherpfennig, Berlin W. 9, Bellevuestraße 7.

Dieses Dokument bildet einen unwiderleglichen Beweis der Zusammenarbeit des rechtssozialistischen Verbandsbureaus mit dem Auswärtigen Amt auf dem Gebiete des Spitzelwesens. Herr Wucherpfennig ist Leiter des Verlages, dessen Angestellte während der Bureaustunden mit auf dem Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine arbeiten. Obwohl alle diese Herren von der Regierung bezahlt werden, stellen sie ihre Kräfte der S. P. D. zur Verfügung. Ihre Arbeit im Spitzelbureau ist eng verknüpft mit ihrer Arbeit für das rechtssozialistische Verbandsbureau.

Herr Nadolny, dessen Name an der Spitze des von uns vermerkten Spitzelberichtes prangt, ist Geheimrat und Leiter einer Abteilung im Auswärtigen Amt. Er hat in den letzten Monaten schnell Karriere gemacht, und gilt als rechte Hand des Reichspräsidenten Ebert. Das hindert ihn nicht, sich höchstselbst mit der Prüfung der Berichte aus dem rechtssozialistischen Spitzelbureau zu beschäftigen. Die Lektüre dieser Berichte gilt anscheinend als eine der wichtigsten Funktionen dieses talentvollen Gehilfen des Herrn Ebert.

Dazu schreibt die Freiheit:

Wir verzeichnen diese Tatsache, ohne auch nur eine Spur von Erstaunen oder Entrüstung an den Tag zu legen. Beides haben wir uns schon längst abgewöhnt in der trüben Schlammflut, die uns umgibt, und die wohl am trefflichsten die „vollendetste Demokratie" kennzeichnet, die von den regierenden Rechtssozialisten aufgerichtet wird.

•

Aber nicht nur die Methoden der letzten Regierung sind es, die in den Herren Scheinsozialisten eifrige Nachahmer finden. Noch viel weiter zurück in der Geschichte der menschlichen Kultur liegen die Beispiele, die jetzt die scheinsozialistische Regierung zur Nachahmung locken. In der Mitte des 18. Jahrhunderts haben deutsche Fürsten Tausende ihrer Landeskinder als Kriegsknechte an fremde Regenten verhandelt.

Die heutige deutsche Regierung duldet und unterstützt in Berlin offizielle Werbebureaus, in denen deutsche Arbeitslose zum Kampf gegen unsere russischen Genossen zu einem Heer angeworben werden.

So stellt die Freiheit heute fest, daß jetzt wieder ein Werbebureau im Hotel Russischer Hof aufgetan wurde. Es wird von dem Leutnant Schulz, der persönlicher Adjutant des unrühmlich bekannten Hauptmann Pönsgen ist, geleitet und hat eine ganze Schar Werber zur Verfügung, die neben ihrer Löhnung für jeden Angeworbenen 50 Mark Kopfgeld bekommen. Im Russischen Hof spielt sich ein richtiger Wochenmarkt ab. Die Angeworbenen werden in Deutschland eingekleidet, bekommen russische Gradabzeichen und Kokarden und werden auf Schleichwegen nach Kurland verschoben.

In Jena in Thüringen hat der berüchtigte Hauptmann v. Jena, der letzthin im Vorwärts offen erklärt hat, daß er die Revolutionsregierung für eine Verbrecherbande hält, ein Freikorps aufgestellt; deutsche und russische Offiziere haben die Anwerbung betrieben. Den Leuten wurde neben freier Verpflegung und sonstigen Vergünstigungen 830 Mark Löhnung versprochen sowie Familien- und Dienstbeschädigtenunterstützung. Nach Abschluß der Kämpfe soll außerdem jeder Mann 5000 Mark Prämie bekommen. Den Leuten wurde angedeutet, daß sie sich die Prämie, wenn sie Rußland nicht zahlen würde, in der jüdischen Bevölkerung holen könnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0001

Am Sonntag wurde von Weimar aus ein Transport von 110 Mann in Marsch gesetzt, ein zweiter am Montag und der letzte am Mittwoch. Der erste Transport wurde in Bromberg von den Polen angehalten und nach Berlin zurückgeschickt. Er liegt heute mit noch anderen Transporten auf dem Schlesischen Bahnhof und die Mannschaften, die jetzt erst wissen, zu welchen verwerflichen Zwecken sie mißbraucht werden sollten, sind äußerst erregt über das Spiel, das mit ihnen getrieben wurde. Sie haben weder Geld noch Verpflegung erhalten und möchten gern wieder nach Hause zurück, aber es ist niemand da, der ihnen helfen will. Die Leute sollen jetzt durch ein Manöver dem 6. Reservekorps in Kurland zugeführt werden, das seinen Uebertritt zur konterrevolutionären russischen Armee beschlossen hat.

Das Kriegsministerium ist über die Vorgänge gut unterrichtet. Es werden nicht nur Menschen, sondern auch Kriegsmaterial der russischen Armee zugeschoben. So weilte dieser Tage ein Kommando des Konterrevolutionärs Graf Keller aus Kurland in Berlin, um die Ausrüstung für 200 Pferde zu holen. Der russische Baron Nolte, wohnhaft im Hotel Westfälischer Hof, ging mit dem Kommando zum Hauptmann Maercker im Schloß Bellevue. Dort bekam er ein Schreiben an das Kriegsministerium, und dieses stellte hierauf eine Anweisung an die Feldzeugmeisterei zur Auslieferung der Sättel und Geschirre aus. Das Kommando ist mit seiner Beute wieder nach Kurland abgefahren.

Was hier vor sich geht, ist nicht nur ein internationaler Skandal, sondern auch ein Verbrechen am deutschen Volke.

Das enge Bündnis zwischen der preußischen und der russischen Reaktion, das ein Jahrhundert lang die politische Entwicklung Europas gehemmt hat, ersteht vor unseren Augen wieder auf. Gemeinsam mit den Weißen Garden Koltschaks und Denikins, die von der Entente bezahlt werden, rüsten auch die deutschen Konterrevolutionäre für die blutige Auseinandersetzung mit dem Proletariat. Die Ostprovinzen sind das Aufmarschgelände der monarchistischen Konterrevolution, die ihre Spitze sowohl gegen die Sowjetrepublik wie gegen die deutsche Republik richtet. Ihre Arbeit wird gefördert durch die verbrecherische Untätigkeit der Regierung Bauer-Noske, die das nahende Verhängnis nicht sehen will.

Vom Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Weimar, 18. August. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte im wesentlichen zu und die Regierung hat den Wunsch, daß der Entwurf wenigstens noch in erster Lesung von der Nationalversammlung behandelt wird, so daß der Ausschuß während der Pause bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments seine Beratungen erledigen kann. Ob es gelingen wird, diese erste Lesung womöglich am Mittwoch zu beenden, steht dahin. Die Opposition werde voraussichtlich alle Mittel anwenden, die erste Leseung nicht beenden zu lassen, falls viele ihrer Forderungen unberücksichtigt bleiben sollten.

Die Rätefeindschaft der Scheinsozialisten.

Berlin, 18. August. Im Vorwärts erklären die Arbeiterräte der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion, daß die Veröffentlichung eines Anschlages, den der Vollzugsrat der Unabhängigen und Kommunisten erlassen hat und der **die gesamte werktätige Bevölkerung zur Mitarbeit in der neu zu schaffenden Räteorganisation auffordert**, in Wirklichkeit für alle Mitglieder und Anhänger der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der freien demokratischen Fraktion keine Berechtigung und Geltung habe.

Die Herren „Sozialdemokraten" wollen keine Räteorganisation und verbanden sich zum Zwecke des Kampfes gegen den Rätegedanken mit den bürgerlichen Demokraten. Die Seelen- und Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertume wird immer heftiger.

„Vereidigungs"-Schauspiel. Weimar, 18. August. Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August, 11 Uhr vormittags, in der Nationalversammlung angesetzt.

Die bayerische Regierung ist am Sonntag von Bamberg nach München übergesiedelt. Der Kommunismus ist endgültig erschlagen, der Kapitalismus hat seine Herrschaft wieder gesichert.

Zur Volksabstimmung in Nordschleswig. Die aus je einem Vertreter Englands, Amerikas, Frankreichs, Schwedens und Norwegens bestehende Ententekommission zur Durchführung der Volksabstimmung in Nordschleswig hat ihre Tätigkeit begonnen. Zu den vorbereitenden Arbeiten wurde als Vertreter Nordschleswigs Landrat Böhme-Tondern zugezogen. Ein französisches Bataillon soll in Mürvik bei Flensburg untergebracht werden und im wesentlichen die Südgrenze des Abstimmungsgebietes besetzen.

Jagd auf Kapitalverschieber.

Die Presse meldet, daß man den in den letzten Monaten weitorganisierten Schmuggel deutscher Kapitalien ins Ausland stark verfolge. Einer derartigen großangelegten Schiebung ist jetzt die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich **um 22 Millionen, die über die Schweizer Grenze in Sicherheit gebracht werden sollten.** Im letzten Augenblick gelang es Polizeibeamten, mittels Flugzeuges den von Berlin nach Basel fahrenden D-Zug zu überholen und **in Nürnberg die Schmuggler zu verhaften.**

Versilberung deutscher Profittitel an das Ausland.

Auf der am Freitag stattgefundenen **Generalversammlung** der Heldburg-Aktiengesellschaft wurde von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates darauf hingewiesen, daß seit einiger Zeit große Teile deutschen Aktienbesitzes in ausländische Hände übergehen. Vor einigen Tagen meldete das Berliner Tageblatt, ein ausschlaggebender Aktienposten der Rheinischen Möbelstoffweberei, die ihrerseits in enger Verbindung mit der Gladbacher Wollindustrie steht, sei an Engländer verkauft worden. In Stuttgart wurde das Gerücht verbreitet, die größte deutsche Automobil- und Motorenfabrik, die Daimlerwerke, sei durch Aktienwechsel in amerikanische Hände übergegangen.

Sicherlich handelt es sich auch hinsichtlich der Daimlerwerke nicht um ein bloßes Gerücht, wenn auch nicht angenommen zu werden braucht, daß die mit Stumpf und Stiel an das Ausland verkauft wurden. Wohl aber ist zu beobachten, wie durch den Stand der deutschen Valuta ausländische Kapitalisten angelockt werden, deutsche Industriepapiere anzukaufen. Sie erhalten sie trotz hohen Kursstandes, nach ausländischem Geld bemessenen, zu einem sehr niedrigen Preis, da die Mark im Auslande nur 25 bis 30 Pf. zählt. Ist der Abfluß deutscher Industriepapiere auch bis zu einem gewissen Grade günstig für die Besserung der deutschen Valuta, so führt er andererseits dahin, **den Einfluß der Ententekapitalisten auf die deutsche Industrie unter Umständen unheilvoll zu gestalten.** Die deutsche Arbeiterschaft würde zu einem guten Teile **auch dem ausländischen Kapital tributpflichtig gemacht.** Ein Teil des ihr abgezapften Mehrwertes würde als Dividende ins Ausland fließen. **Das wieder kann von nachteiliger Rückwirkung auf die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in Richtung auf den Sozialismus sein.** Die direkt an der deutschen Industrie beteiligten ausländischen Kapitalisten würden sich noch wütender auf alle sozialistischen Maßnahmen stürzen, wenn die Eroberung der politischen Macht durch die von wirklichem sozialistischen Willen getragenen Bevölkerungsschichten solchen Maßnahmen erst mal den Weg eröffnet hat, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß weit schwerer als solche Hemmungen die aus dem chauvinistischen Ueberschwang der siegreichen Staaten den dortigen revolutionären Schichten erwachsenen Kampflähmungen sind.

Daß in den Handelsteilen der bürgerlichen Presse Vorbeugungsmaßnahmen gegen die hier beregte Profitabwanderung verlangt werden, **versteht sich am Rande. Ob aber die Regierung und die** sie beratenden volkswirtschaftlichen Sachverständigen imstande sein werden, der Sucht der Versilberung deutscher Profittitel an das Auslandskapital einen wirksamen Riegel vorzuschieben, ist eine andere Sache.

Keine 100 Millionen-Dollar-Anleihe.

Vor einigen Tagen machte eine Meldung die Runde durch die Presse, es sei der Versuch gemacht worden, eine größere Anleihe in Amerika aufzunehmen, um die katastrophale Wirkung des deutschen Valutastandes bei ausländischen Rohstoff- und Lebensmittelankäufen abzuschwächen. Wie ein Kabeltelegramm aus New-York berichtet, ist in internationalen Bankierkreisen von einer deutschen Hundert-Millionen-Dollar-Anleihe nichts bekannt. Sie werde auch für unwahrscheinlich gehalten. Sollte sie jedoch in einigen Wochen erfolgen, so werde sie von den amerikanischen deutschen Kreisen sofort gezeichnet werden. Das Telegramm weist auch auf große Schwierigkeiten hin, die dem amerikanischen Export durch die pessimistischen Ansichten über die zukünftige Handelslage in Europa erstanden sei. In den amerikanischen Häfen seien gewaltige Warenmassen aufgespeichert, die zu 50 Prozent unter den normalen Preisen der Käufer harren. Daher beginne jetzt die Allgemeinheit zu verstehen, daß man nur durch liberale Kreditgewährung europäische Aufträge erhalten könne. Die verschiedenen ausländischen Kreditgesuche schritten rüstig vorwärts und man sehe ein, daß man Europa nicht als eine Schar bankerotter Staaten ansehen könne. Verschiedene kleine Anleihen für Frankreich und Belgien seien bereits zustandegekommen, doch sei eine große Anleihe noch nicht erfolgt.

Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter.

Essen, 18. August. In den letzten Vollsitzungen des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau, an denen auch fünf Aerzte des Ruhrbezirks teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, daß sich der Gesundheitszustand im Ruhrbergbau im allgemeinen gebessert und auch die bisher eingetretene Kürzung der Arbeitszeit von 8½ auf 7 Stunden günstig gewirkt hat. Ganz besonders erörtert wurde die Frage, ob vom rein ärztlichen Standpunkt aus eine weitere Verkürzung der Schichtzeit notwendig ist. Von den Arbeitnehmern wurde betont, daß eine weitere Verkürzung lebensverlängernd wirken und außerdem eine gesteigerte Tätigkeit der Bergarbeiter ermöglichen würde. Die Aerzte gaben zu, daß eine weitere Verkürzung unstreitig eine vorteilhafte Wirkung haben würde, daß aber diese Forderung mit den ärztlichen Gründen allein nicht belegt werden könne. Im Anschluß daran wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Lebensmittelversorgung der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, namentlich die Fettversorgung, gesteigert werde.

Arbeitslosendemonstration in Köln.

Köln, 18. August. Heute mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitslosen, stellenlosen Kaufleuten und Notstandsarbeiter vor dem Rathaus. Vormittags hatte im großen Gürzenichsaale eine Versammlung stattgefunden, in der diese drei Gruppen eine Entschließung annahmen, in der unter anderem von der Stadtverwaltung die **Erhöhung der bisherigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung, Gewährung einer Teuerungszulage usw.** gefordert wurden. Eine Kommission wurde nach dem Rathause entsandt, welche mit der Stadtverwaltung verhandeln und die Antwort zurückbringen sollte. Als der Bescheid kam, daß der Oberbürgermeister auf Urlaub sei, beschlossen die Teilnehmer, **sich die Antwort selbst vom Rathause zu holen.** Sie zogen gegen 11 Uhr vor des Rathaus, wo sie den Beigeordneten Dr. Löhe aufforderten, sofort mit einer Kommission die Verhandlung über die Forderungen aufzunehmen. (W. T. B.)

Ammenmärchen über Rußland.

Die deutsche bürgerliche Presse vergnügt sich mit Verbreitung folgender Meldung:

Das Schicksal der russischen Sowjetrepublik ist besiegelt. Ueber Stockholm sind verläßliche Mitteilungen eingetroffen, nach denen Lenin mit seinen Parteigängern und den derzeitigen Mitgliedern der Sowjetregierung über deren Rücktritt berät. Die Ereignisse in Ungarn haben Lenin davon überzeugt, daß die Hoffnung auf die Weltrevolution sich niemals erfüllen wird. Er will jedoch den gewaltsamen Umsturz vermeiden und die Räteregierung durch ein gemäßigtes sozialistisches Kabinett ersetzen, um dadurch einer Wiederkehr der Reaktion, wie sie in Ungarn eintrat, vorzubeugen. Der Abbau des Bolschewismus soll noch von ihm selbst ins Werk gesetzt werden, und erst nachdem geordnete Zustände eingetreten sind, soll der Regierungswechsel stattfinden. Der erbittertste Gegner des Leninschen Rücktrittsplanes ist Tschitscherin, doch hat er unter den führenden Ministern nur wenig Anhänger. Man erwartet, daß der eventuelle Rücktritt der Sowjetregierung bereits — im Oktober stattfinden soll.

Na also! „Bereits" im — Oktober. Diese letzte Wendung enthüllt die schöne Erzählung gemütvoll selbst — als Schwindel!

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 82. Sitzung vom Montag, 10 Uhr vormittags.

Zuerst steht auf der Tagesordnung, der

Gesetzentwurf über einen Anleihekredit von 9 Milliarden für 1919.

Zur Geschäftsordnung tadelt Abg. Dr. Hugenberg lebhaft die überstürzte Einbringung von Vorlagen. In letzter Zeit sind manche Gesetze mit einer Oberflächlichkeit beraten worden, die der Würde dieses Hauses nicht entspricht. Wir können diese überstürzte Art der Verhandlungen nicht mehr mitmachen und beantragen Absetzung der Vorlage. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach bittet, dem Vorschlage des Vorredners stattzugeben.

Minister Erzberger: Wenn Sie dem Antrage stattgeben, machen Sie es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. **Wir geraten dann vor den Staatsbankrott.** (Bewegung.) Die Nationalversammlung möge jetzt wenigstens die erste Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuß verweisen. Dann bleibt für gründliche Beratung Zeit genug.

Abg. Schultz-Bromberg (Dn.) widerspricht dem Vorschlag des Finanzministers.

Präsident Fehrenbach: Die Antragsteller haben mir mitgeteilt, sie würden keine Schwierigkeiten machen, wenn ihnen Gelegenheit zur Vorberatung des Gesetzes gegeben werde. An dieser Versicherung hat die Art der Begründung des Antrages allerdings Zweifel erweckt.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Es ist unverantwortlich, daß Dr. Hugenberg davon gesprochen hat, hier werde Theater getrieben. Die Vorlage ist gar nicht kompliziert und nach einer ganz kurzen ersten Lesung ist die Möglichkeit zur gründlichen Ausschußberatung gegeben. Die Rechte macht hier ganz einfach einen Versuch zur **Störung der Geschäfte.** (Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. Keil (Soz.): Es ist ganz offenkundig, daß die **Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will.** Die Rechte hat über den Entwurf betreffend Entschädigung der Offiziere genaueste Vorkenntnisse gehabt und ihn in ihrer Presse vorher veröffentlicht. Sie hat nie ein Wort des Bedenkens geäußert, als die großen Kriegskreditvorlagen ohne Erörterung erledigt wurden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Geyer-Leipzig (U. Soz.): Die Vorlagen werden hier tatsächlich in **beispielloser Hast** eingebracht, vermutlich, damit sich die Fraktionen nicht völlig klar darüber werden können. Zu dieser Hast gesellt der **Finanzminister** auch noch den Druck der **Drohung** mit seinem **Rücktritt.** Wir werden uns keinerlei Gefahren aussetzen, wenn wir die Beratung **dieser Vorlage um 24 Stunden verschieben.**

Abg. Schultz-Bromberg (Dn.): **Es trifft nicht zu, daß uns** vorher Gesetzentwürfe bekanntgemacht worden sind.

Der Antrag Hugenberg wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen **abgelehnt.** Die Vorlage wird nach einigen kurzen Bemerkungen des Ministers Erzberger an einen Ausschuß verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzes über die Entschädigung der Offiziere.

Da die Möglichkeit einer sofortigen dritten Beratung ins Auge gefaßt ist, findet eine Generaldebatte statt.

Abg. Grünewald (Dem.): Das Gesetz gibt uns die Gelegenheit, unseren Offizieren ein Gefühl des Dankes auszusprechen. Wir begrüßen es, daß wir ihnen den Uebergang zu einem anderen Beruf erleichtern können. Wir behalten uns Anträge vor und werden auch für Verbesserungsanträge von anderer Seite stimmen.

Abg. v. Gräfe (Dn.): Das Gesetz sollte mit Einmütigkeit angenommen werden, weil es den Dank der Nation für **einen Teil der Armee** ausspricht. Es liegt hier ein Rechtsanspruch der Offiziere vor, nachdem der Staat durch den Friedensvertrag gezwungen worden ist, den mit den Offizieren abgeschlossenen Vertrag einseitig aufzulösen. **Unerträglich ist, daß der Nachweis der Bedürftigkeit verlangt wird. Nur mit Schamröte denkt man an die Unbilden, die Offiziere und Unteroffiziere während der Revolution erlitten haben von einem Gesindel, das wirklich eine Schmach für jede Armee war.** Unsere Offiziere und Unteroffiziere bewiesen eine beispiellose Selbstüberwindung. Das hat auch **Minister Noske anerkannt. Derselbe Minister hat auch offen gesagt, daß Offiziere jetzt oft viel mehr darbten als Hunderttausende von Arbeitern.** Es ist also nicht bloß eine moralische Pflicht, sondern eine politische Klugheit, wenn in unserem Sinne vorgegangen wird.

Wehrminister Noske: Durch den Friedensvertrag wird die **schlechte Lage sehr viele Offiziere** und Kapitulanten allerdings noch weiter verschlechtert. Vor aller Oeffentlichkeit muß ich feststellen, daß **Zweifel an der loyalen Durchführung des Friedensvertrages** durch Deutschland auch in militärischen Fragen geäußert worden sind, und daß namentlich die **unabhängige sozialdemokratische Presse völlig falsche Behauptungen über die Zahl** der noch vorhandenen Soldaten aufgestellt hat. Falsch ist die Ansicht, daß das Reich den Offizieren gegenüber eine besondere Dankespflicht zu erfüllen habe, weil sie sich in den Tagen der **Revolution zur Verfügung gestellt hätten. Die Offiziere haben damit nicht zuletzt auch ihren eigenen Interessen gedient, denn bei einer spartakistischen oder unabhängigen Regierung würde heute nicht über diese Abfindungsgesetze beraten werden.** (Zustimmung.)

Finanzminister Erzberger: Mit dieser letzten Erklärung stimme ich vollkommen überein. Ganz besonders wird unser Wohlwollen den sogenannten **Kriegsleutnants** und der Lösung der Frage der Umzugsgebührnisse gelten. Die Reichsregierung wird alles tun, um das Los der Offiziere und Kapitulanten nach Möglichkeit auch trotz der schlechten Finanzlage zu erleichtern.

Abg. Stücklen (Soz.): Der Gesetzentwurf erfüllt die moralische Pflicht des Reiches, den Offizieren in der Uebergangszeit zu helfen. Von der Pflicht einer besonderen Dankbarkeit den Offizieren gegenüber, kann man nicht sprechen. Gewiß, die Offiziere haben im Kriege ihre Schuldigkeit getan, mit Ausnahme derer, die in der Etappe und weit vom Schuß angenehme Stellungen bekleidet haben und die leider trotzdem auch unter das Gesetz fallen. Aber die einseitige Betonung dieses Gesichtspunktes würde dahin führen, daß den Offizieren eine **Belohnung für Kriegsdienste** gegeben werden soll. In einer Depesche wird uns gedroht, daß wir, wenn das Gesetz nicht verbessert werde, zahlreiche Offiziere in die Reihen der Radikalen trieben. Selbst wenn von jener Seite Handgranaten in Bewegung gesetzt werden würden, würde man damit kein Geld zur Erfüllung unvernünftiger und unerfüllbarer Forderungen herbeischaffen. Bei der Ueberführung der Offiziere in den Zivildienst müssen die militärischen Rangverhältnisse völlig ausschalten. Das **Gesetz ist so gut, daß es** einstimmig angenommen werden kann. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.): Die Auffassung vermag ich nicht zu teilen, als ob die Offiziere **mit ihrem Eintreten für die Regierung auch ihr eigenes Interesse vertreten** hätten. Der deutsche Offizier ist von jeher gewohnt gewesen, **selbstlos seine Pflicht** zu tun. Die Revolution hätte sich auch sehr leicht totlaufen können. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Die Telegrammaffäre und die dabei gefallenen Drohungen wollen auch wir nicht verteidigen. Wir können dem Gesetz nicht zustimmen, wenn Sie unsere Abänderungsanträge ablehnen. (Beifall rechts.)

Um 1¾ Uhr wird die Besprechung auf 3½ Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung erhält zuerst das Wort Abg. Bolz (Ztr.): Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von den Sozialdemokraten nicht im geringsten angefochten worden. Zu den Angriffen der Rechten auf die Regierung wegen mangelnder Sparsamkeit stimmt es schlecht, wenn dieselben Herren jetzt mit **vollen Händen das Geld ausgeben** wollten. Ein Rechtsanspruch für die betreffenden Offiziere besteht nicht, und der moralischen Verpflichtung wird ja die Vorlage gerecht. Die Offiziere mit über zehn Jahren Dienstzeit haben keinen Grund zur Unzufriedenheit, und die jungen Offiziere können bei den reichlich bemessenen Abfindungen nicht in Not geraten. Ein Kompagnieführer mit 17 Dienstjahren, der vielleicht 35 Jahre alt ist, erhält eine Pension von 3500 Mk. und eine Uebergangszulage von 4800 Mark. Hätte ich mit meinen 38 Jahren als württembergischer Amtsrichter ein solches Gehalt, wäre ich sehr zufrieden.

Preußischer Kriegsminister Reinhardt: Ich spreche dem Ausschuß meinen Dank für seine außerordentlich eingehende Arbeit aus. Und erkenne auch an, daß er in manchen Einzelheiten das Gesetz verbessert hat. Andererseits sieht die Vorlage nicht so aus, wie wir sie gewünscht hätten. Immerhin ist der Bedürftigkeitsnachweis ein gangbarer Weg, und es geht nicht der Ehre zuwider, wenn man einen Vermögensnachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beanspruchen hat. Wir wollen nicht vergessen, wieviel **bittere Pillen die Offiziere allein in den letzten Wochen haben schlucken müssen.** Da sollte man ihnen wenigstens durch dieses Gesetz entgegenkommen.

Abg. Seger (U. S.): Das Gesetz will den Offizieren und Unteroffizieren wieder eine bevorzugte Stellung geben, was wir als undemokratisch ablehnen. Der Streit zwischen der Regierung und den Rechtsparteien bedeutet nur, daß sich beide bei den Offizieren in ein möglichst günstiges Licht setzen wollen, ist also nur

ganz gewöhnliche Konkurrenzsucht.

Wehrminister Noske: Die Freunde des Vorredners rufen fortgesetzt falsche Vorstellungen über die deutsche Militärmacht hervor. Noch gestern hat die Freiheit festgestellt, daß auf der sozialistischen Konferenz ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf **800 000 bis 1 000 000** beziffert hat. Das ist eine nichtswürdige Verdächtigung Deutschlands. Deutschland hat jetzt **rund 400 000 Mann,** worin auch sämtliche Leute in Kurland und Litauen und der gesamte Grenzschutz eingeschlossen sind. Unwahr ist es, daß 30 000 deutsche Soldaten bereit seien, in russische Dienste überzutreten. Bis zum 1. Oktober wird die Abrüstung bis auf 250 000 Mann durchgeführt sein. Gegen solche Offiziere, deren Ton mir besonders ungehörig erschien, bin ich eingeschritten, selbst bis zur Außerdienststellung, genau so, wie ich auch **andere Rebellen** behandeln würde, darauf können Sie sich verlassen. (Lachen b. d. U. S.) Wir müssen in den Stand gesetzt werden, denjenigen **Mannschaften und Offizieren der Reichswehr,** die außerordentlich **wertvolle Dienste** geleistet haben, bei der Entlassung einen Notgroschen in die Hand zu geben. Wertvolles Menschenmaterial unserer Volkswirtschaft und dem Lande zu erhalten, ist der Zweck des Gesetzes. Die Rückkehr in normale Verhältnisse wird beträchtliche Opfer von der Allgemeinheit fordern, aber das deutsche Volksvermögen dürfen wir darüber nicht verwüsten. Ich bitte um rascheste Verabschiedung des Gesetzes. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. — Zu § 2, Uebergangsgebührnisse, wird ein Antrag Dr. Haas (Dem.) **angenommen, wonach die Uebergangsgebührnisse für Verheiratete auf die Unterhaltungspflichtigen ausgedehnt werden. Die von**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621919O819-17/fragment/page=0002

n beiden Parteien der Rechten zu § 2 gestellten Anträge werden begelehnt, ebenso alle weiteren Anträge dieser arteien zu den Paragraphen 1 bis 14.

§ 15 wird mit großer Mehrheit angenommen, in § 16 wird gemäß einem Vorschlage des Ministers Erzberger bestimmt, daß das Gesetz am 1. September d. J. in Kraft treten solle.

An die zweite Lesung schloß sich sofort die dritte an. Das Gesetz wurde endgültig gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Kapitulantenabfindungsgesetzes.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vp.): Um das Offiziers- und Kapitulantenabfindungsgesetz möglichst in Einklang zu bringen, hat man in der Kommission die Kriegskapitulanten aus dem Gesetz herausgenommen. Wir halten das für eine Härte und wünschen auch bezüglich der Dauer der zu gewährenden Abfindungen etwas größeres Entgegenkommen gegen die Kapitulanten. (Beifall rechts.)

Abg. Schirmer (Ztr.): Von einer Animosität gegen das Heer kann bei uns keine Rede sein. Mehr zu bewilligen gestattet die Finanzlage nicht.

Abg. v. Graefe (Dn.): Der Unteroffiziersbund ist etwas spät an uns herangetreten, als die Beschlüsse des Ausschusses eigentlich schon feststanden. Die Schuld trifft die Regierung. Die natürliche Folge war Verstimmung.

Abg. Trinks (Soz.): Unsere Stellungnahme einer reinen Mißgunst auszuschreiben, wäre unwahr. Auch andere weitere Kreise haben schweren Schaden durch den Krieg gehabt.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Mit dem vorliegenden Gesetz wollen wir den Unteroffizieren, deren Vortrefflichkeit unbestreitbar gewesen ist, einen kleinen Teil des ihnen geschuldeten Dankes abstatten. (Beifall.) Die Vorlage geht bei den heutigen Verhältnissen bis an die Grenze des Möglichen. (Lebhafte Zustimmung.)

Preußischer Kriegsminister Reinhard: Gegenüber den Einwänden, die seitens einzelner Unteroffiziere und einzelner Organisationen gemacht worden sind, stelle ich fest, daß die Unteroffiziere an diesem Gesetz bis zu den letzten vom Reichskabinett getroffenen Entscheidungen mitgearbeitet haben. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Ein Abänderungsantrag Bolz (Ztr.) und Genossen, der die Wendung hinter dem Worte „Kapitulanten": „soweit sie vor dem Kriege kapituliert haben" streichen will und für Kapitulanten mit siebenjähriger aktiver Dienstzeit eine Vergünstigung hinzufügt, wird angenommen.

§ 19 erhält eine Fassung, nach der das Gesetz am 1. September 1919 in Kraft tritt.

Danach erfolgt die Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung.

Zur dritten Lesung, die sofort angeschlossen wird, erklären die Abgg. v. Graefe (Dn.) und Graf v. Dohna (D. Vp.), daß sie trotz Ablehnung ihres Antrages zu § 4 mit Rücksicht auf die kleine Verbesserung dieses Paragraphen durch den Antrag Bolz (Ztr.) dem Gesetz zustimmen werden.

Danach erfolgt die Annahme des Gesetzes in der dritten Lesung mit den Stimmen aller Parteien gegen die der Unabhängigen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906, des Offiziersversionsgesetzes vom 31. Mai 1906 und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907. Das Gesetz wird ohne Erörterung in zweiter und auch sogleich in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die Vorlage wird mit der von der Kommission beschlossenen Aenderung angenommen.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens wird in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Schluß 8½ Uhr.

Allerlei.

Wilhelm siedelt sich in Holland an. Rotterdam, 16. August. Laut Nieuwe Rotterdam Courant wird aus Doorn gemeldet, daß der vormalige deutsche Kaiser daselbst das Haus Doorn der Baronin von Heemstra gekauft hat.

Flug auf die Jungfrau. Bern, 17. August. Sonntag früh ist der Schweizer Oberleutnant Ackermann mit Major Isler im Doppeldecker auf Jungfraujoch, 3600 Meter, gelandet.

Aus der Provinz.

Es ist nichts mehr da!

Die Revisionskommissionen der Arbeiterräte stellen jetzt überall fest, wieviel Vieh und wieviel Lebensmittel heimlich dem Schleichhandel zugeführt werden. Durch eine solche Kommission werden uns einige besonders schöne Beispiele dafür mitgeteilt, daß unsere Agrarier noch immer verstehen, die Notlage des Volkes auszunutzen, um Reichtümer anzuhäufen.

In Glesien erhielt eine empfindliche, aber gerechte Strafe der Landwirt Ehrhard Horn aus Ennewitz. Für seinen im März dieses Jahres an einen angeblich Unbekannten zu Schlachtzwecken „hinten herum" heimlich verkauften 18 Zentner schweren Schlachtochsen erhielt er kürzlich 1000 Mk. Strafe zudiktiert. Aber nur durch Zufall ist die Strafe bekannt geworden. Warum werden derartige Schädiger des Allgemeinwohls nicht an den Pranger gestellt? Kürzlich hielt der zuständige Gendarm einen Mann aus Leipzig an, der mehrere Pfund Hammelfleisch bei sich hatte, das er von dem Händler Greif aus Schweidnitz zu Genußzwecken käuflich erworben haben wollte. Nach den Angaben des Mannes soll es sich um einen notgeschlachteten Hammel handeln. Später wurde festgestellt, daß bei Horn ein Hammel fehlte. Als man Horn aufs Leder kniete, mußte er sich bequemen, den Verbleib des Hammels zuzugeben. Er will den Hammel an Greif abgetreten haben, weil ihm derselbe eingegangen sei. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der verredte Hammel zu Speisezwecken nach Leipzig verkauft worden ist. Pfui Teufel! Wie versessen dieser Herr — Besitzer von zirka 200 Morgen Feld — auf Kleinigkeiten herumreitet, ist daraus zu ersehen, daß er sich wegen einer Handvoll Klee mit einem hiesigen Maurer vor Gericht herumstreitet, da er sich in Güte mit diesem darüber nicht zu einigen verstand.

Raßnitz. Wie gemogelt wird, konnte man am Schluß der Revision der Viehbestände bei den hiesigen Landwirten sehen. Trotzdem Viehkataster angelegt worden sind, waren nicht weniger als fünf Kühe, 14 Schweine und ein Hammel verheimlicht worden, darunter bei einem Landwirt allein zwei Kühe und zwei Schweine, bei einem anderen Landwirt vier bereits schlachtreife Schweine. Nur der intensiven Arbeit der Kommission ist es zu danken, daß diese nicht unerheblichen Viehmengen, die andernfalls der Allgemeinheit sicher verlorengegangen wären, dieser nun doch noch, jedenfalls zum Aerger der betr. volksfreundlichen Bauern, zugute kommen.

Weßmar. Daß der Allgemeinheit immer weniger Milch zugeführt wird, ist nicht zu verwundern, wenn in die Wirtschaft mancher gewissenlosen Landwirte tiefer hineingeschaut wird. Befindet sich doch hier im Ort ein Bauer, der fünf Kühe sein eigen nennt, von diesen fünf Kühen aber nicht einen Tropfen Milch abliefert. Dafür wurde aber im Keller eine ganze Karawane Milchschüsseln und -töpfe; natürlich mit Milch gefüllt — etwa 20 Liter — vorgefunden. Selbstverständlich fehlte auch das gefüllte Butterfaß nicht. Zur Verteidigung seiner Schätze hatte dieser überaus gerissene Landwirt nicht weniger wie drei geladene Armeerevolver im Besitz, die ihm selbstverständlich abgenommen wurden, da es sich um gestohlenes Heeresgut handelt.

Bitterfeld. Jugendversammlung. Wir weisen hierdurch auf die im Inseratenteil erscheinende Bekanntmachung hin: Große öffentliche Jugendversammlung.

Zörbig. Stadtverordnetensitzung. Die Beschaffung der Lehrmittel durch die Stadt hatte, entgegen dem Beschluß der Stadtverordnetensitzung vom April, der Magistrat abgelehnt resp. nur eine einmalige Anschaffung vorgesehen, ohne dem Stadtverordnetenkollegium davon Mitteilung zu machen. Bei der diesmaligen Besprechung führte der Magistrat dagegen an, daß dieser Beschluß nur einer Zufallsmehrheit zu danken wäre, da bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorstehers entscheidet und auch noch keine Stadt bekannt wäre, die Erfahrung auf diesem Gebiete hätte. Bei der Abstimmung (5 zu 5) stimmten die Bürgerlichen dagegen. Da bei der Stimmengleichheit der Vorsteher dafür war, ist der Antrag wieder angenommen. Die schon verausgabte Summe von 1669,20 Mk. wurde genehmigt und unter Titel Lehrmittelbeschaffung der Schulkasse überwiesen. Die von einer Kommission ausgearbeitete Lustbarkeitssteuerordnung wurde angenommen. Diese ausführlich hier zu behandeln, würde zu weit führen. So manche Bedenken sind dagegen einzuwenden, und die Vorstände der Vereine tun gut, sich genauer darüber beim Magistrat zu erkundigen, ehe sie Vergnügen veranstalten. Ferner wurde beschlossen, die Beteiligung der Stadt an einer Baugenossenschaft mit 30 000 Mark. Der Stadtverordnete Herrmann wurde als Deputierter dazu gewählt. Zu den Ueberteuerungskosten will die Stadt auf zehn Jahre zinsfreies Kapital hergeben, damit der Reichszuschuß gewährt wird und bald gebaut werden kann. Die später dafür zu nehmenden Zinsen soll eine gemischte Kommission festsetzen. Dem Gastwirt Budach wurden zum Gewerkschaftsfest städtische Stühle überlassen gegen eine Abnutzungsgebühr von 15 Mk.

Wittenberg. Volkshochschule. Nächsten Mittwoch (20. August) soll in Balzers Saal die Gründungsversammlung der Wittenberger Volkshochschule stattfinden. Mancher wird sich fragen, was die Volkshochschule bezweckt. Die V. H. wendet sich an alle Erwachsenen Wittenbergs und seiner Umgebung, die bereit sind, geistigen Dingen Zeit und Mühe zu opfern. Sie dient keiner Partei, keiner Konfession, keiner Gruppe oder Richtung, sie dient dem Volke in seiner Gesamtheit. Sie will durch Vertiefung der Bildung, durch Stärkung des volksbewußten Willens, durch sittliche Hebung des Volkes die sich fremd gegenüberstehenden Volkskreise zu einem verständnisvollen Gemeinschaftsleben zusammenführen. — Dem Zwecke der V. H. dienen Einzelvorträge, Vortragsreihen, Arbeitsgemeinschaften, musikalische, theatralische und sonstige künstlerische Veranstaltungen bildender Art. Mitglied kann jeder Erwachsene werden, der das 17. Lebensjahr vollendet hat. Der Beitrag soll eine Mark betragen. Für Vereine und Korporationen ist der Beitrag auf mindestens 10 Mark pro Jahr festgesetzt. Die V. H. soll ins Vereinsregister eingetragen werden. Bei der Auswahl der Vorträge usw. ist nur der Wunsch der Mitglieder maßgebend. Der Satzungsentwurf ist so gefaßt, daß die Mitglieder den größten Einfluß auf die Leitung der Geschäfte haben. Die Tätigkeit der V. H. beginnt Mitte Oktober. Der Arbeitsplan konnte infolge der Raumfrage, die wieder von der Kohlenfrage abhängig ist, noch nicht endgültig festgesetzt werden. Der Name der Dozenten bürgt aber für die Gediegenheit der Vorträge. Mit den Stadttheatern der benachbarten Großstädte schweben Verhandlungen wegen Aufführung von drei Theaterstücken und drei Opern. Auch will man versuchen, das Gewandhaus-Orchester in Leipzig zu einem Konzert zu gewinnen. Die Gründungsversammlung am nächsten Mittwoch wird durch musikalische Vorträge verschönert werden. (Siehe heutige Anzeige.) Für die Eröffnungsfeier Mitte Oktober hat der hiesige Lehrergesangverein seine Mitwirkung zugesagt. Mitglieder-Einzeichnungslisten liegen aus beim Gewerkschaftskartell, im Konsumverein, in den größeren Fabriken und bei den hauptsächlichsten Behörden, sowie in den Buchhandlungen Härtel, Senf, Wunischmann und in den Zigarrengeschäften von Klapper und Thiemig.

Wittenberg. Die hiesige Allgemeine Zeitung entwickelt sich immer mehr als Beschützerin der Nosketruppen. Jüngst berichtete sie, daß eines Abends in den Anlagen vier Reichswehrsoldaten von acht jungen Zivilisten in gröblichster Weise herausfordernd angerempelt worden seien. Die Soldaten waren einsichtsvoll genug, darauf nicht in gleicher Weise einzugehen, so daß die Zivilisten schließlich von ihnen abließen. Derartiges Verhalten müßte aufs schärfste gegeißelt werden. Auch das Volksblatt hat ja die Arbeiterschaft schon aufgefordert, die Noskeleute unter sich zu lassen, und immer wieder beschießen die Arbeiter bzw. deren Vereine, daß sie dieser Aufforderung in jeder Weise zu folgen gewillt sind. Wenn aber die „Allgemeine" den Bären aufbinden, daß es vier weiße Noskeraben gibt, die sich unbeanstandet von jungen Burschen anrempeln lassen? Und dann weiter: Sieht und hört die Allgemeine nichts von den Belästigungen junger Mädchen durch Soldaten. Wo war die Entrüstung der Allgemeinen bei der ohne einen Schimmer von Berechtigung vorgenommenen Verhaftung eines jungen Flugblattverbreiters durch einen Noskeijäger, der für diese Freiheitsberaubung, soviel man erfahren konnte, bis heute noch nicht bestraft wurde. Doch seien wir gerecht: Die Allgemeine kann sich auch sonst noch entrüsten. Und zwar geschah das beim Einzug der Noskertruppen, als der Magistrat verständigerweise eine offizielle Begrüßung unterließ. Zeter und Mordio schrie das das „demokratische" Papier. So sieht die Arbeiterschaft, daß diese bürgerlichen Blätter in jeder Nummer Fußtritte gegen das Proletariat austeilt! Ziehe jeder daraus seine Lehre!

Düben. Stadtverordnetenwahl. Am Sonntag fand hier die Neuwahl zum Stadtparlament statt, nachdem die früheren Wahlen für ungültig erklärt worden sind. Das Wahlergebnis war: U. S. P. 6, „Mittelpartei" 5, Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte 3, Kriegsbeschädigte 4 Sitze. Die Beteiligung war etwas flauer als bei den vorherigen Wahlen. Am Abend vor der Wahl sprach in einer von 250 Personen besuchten Versammlung Genosse Raute-Eilenburg über die Finanzlage des Reiches und ihre Wirkung auf die Gemeinden. — Der Wahlausfall zeigt, daß noch immer in vielen Orten bei Gemeindewahlen nicht nach großen politischen, sondern nach kleinlichen, wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren wird.

(Weitere Provinz in der Beilage.)

Die Grundschule.

c) Unentgeltlichkeit des Unterrichts. — Staatsmonopol der Lehrmittel.

Das Erfurter Programm fordert unter 7 bereits 1891: „Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen", während der Deutsche Lehrerverein auf seiner Tagung vor dem Kriege in Kiel diese Forderung bezeichnenderweise noch nicht mit aufstellte. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts muß in der künftigen Einheitsschule auf alle ihre Stufen einschließlich der Hochschule ausgedehnt werden. Bisher wurden die Schullasten — von dem verhältnismäßig geringen „Schulgeld" der reichen Leute abgesehen — von den allgemeinen Steuern der Gesamtheit aufgebracht, das heißt also, daß auch der kleine Mann, der nie daran denken konnte, seine Kinder je aufs Gymnasium oder gar die Universität zu schicken, für diese Standesschulen seine Steuern mit entrichtete, der Millionär ließ die Bildung seiner Kinder von seinem Kutscher mitbezahlen! „Er schonte zu nehmen von seinen Schafen und Rindern, und nahm das Schaf des armen Mannes", steht in der Bibel. Der Vorwurf trifft gewiß nicht den einzelnen, aber den ungerechten und unhaltbaren Zustand. Ein Student kostete dem Staat 1914 z. B. 1000 Mk., der einzelne steuerte dazu bei: 165 Mk., sein Studium erforderte also einen Staatszuschuß von 835 Mk.! Ein Gymnasiast kostete 400 Mk., sein „Schulgeld" betrug rund 150 Mk., der Steuerzahler, ob sein eigener Sohn je die „höhere" Standesschule besuchte oder nicht, schenkte dem Bevorrechteten dazu 250 Mk. jährlich; das sind für 9 Jahre 2250 Mk. Rechnet man dazu die dier Studentenjahre von je 835 Mk. = 3340 Mk., so kostete jeder Akademiker mindestens 5590 Mk. Staatsgelder. Rechnet man dazu noch die Kosten eines Vorschülers mit jährlich 400 Mk. = 1200 Mk., so ist der Staatszuschuß mit rund 7000 Mk. sicher nicht zu hoch bezeichnet. Ein Volksschüler dagegen kostet dem Staat nicht mehr als 50 Mk. jährlich, also für die ganze Schulzeit nur 400 Mk.! Das Verwerfliche ist bei dem jetzigen System der Lernschule, der bevorrechteten Vorschulkinder und der mangelhaften Auswahl der jetzigen wirklich Befähigten, daß der Staat diese hohen Zuschüsse für Gymnasiasten zum Teil an Unwürdige verschwendet, die gar nicht gewillt sind, zu lernen, die gar nicht befähigt und geistig imstande sind, die Anforderungen des Gymnasiums zu erfüllen und nach einigen traurigen Jahren (für sich und die Oberlehrer!) keine Lust mehr zur Arbeit haben. 1897/1906 erreichten insgesamt 26 180 Gymnasiasten nicht einmal das „Einjährige". So kommt es, daß in der höchsten Klasse (Oberprima) des Gymnasiums oft nur 10 Schüler von — 6 Oberlehrern unterrichtet werden! 1913/14 verließen in Westpreußen durchschnittlich nur 11 Gymnasiasten ihre hohe Schule, in Schleswig-Holstein 13; in Brandenburg gingen durchschnittlich nur 7 Realgymnasiasten zu Ostern ab usw. Für diese insgesamt 50 Gymnasiasten der sieben ersten Klassen in Westpreußen war 1914 z. B. ein Zuschuß von 105 000 Mk. notwendig, d. h. also pro Kopf 2000 Mk. jährlich! Diese Zahl stimmt auch mit den damaligen Gehaltsverhältnissen der Oberlehrer überein: auf 7 Schüler kamen in der Oberprima einer solchen Schule 5 bis 6 Lehrer! Und in der Volksschule? Verfasser unterrichtete mit 19 Jahren 84 Schulkinder, mit 28 Jahren eine Zeitlang sogar zwei Klassen mit 158 Schülern! Man sieht also klar, daß der Volksschüler das wenigste kostete, das Geld für 26 180 Schüler, die mit ihrer Unfähigkeit die „höhere" Schule belasteten, aber direkt weggeworfen war; Verfasser hat 16 469 750 Mk. dafür ausgerechnet! Sicher eine horrende Summe, die aber in Wirklichkeit noch größer ist, wenn man die Zuschüsse für die Vorschulen dazuzählt, die diese Bänkedrücker, dieser verfeinerte Ballast, diese Geisteshelden, dem armen Steuerzahler gekostet haben, dessen oft höchstbegabter Sohn mit 14 Jahren wegen seiner „Mittellosigkeit" mit glänzenden Schulzeugnissen in einen Beruf hineingezwängt wurde, für den er gar nicht prädestiniert war.

Haben wir also durchgehends Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, so wird sich niemand mehr das ungeschriebene Recht anmaßen, von Standes wegen oder auf Grund des Besitzes der Herren Eltern die höheren Schulen besuchen zu müssen. Die Auswahl der Begabten wird auf einer wissenschaftlich-psychologischen Grundlage und mit Hilfe des Lehrer- und Elternrats erfolgen müssen, wovon später die Rede sein wird. Da aber der Erlaß des Schulgeldes den Kindern der armen Kreise allein nicht viel nützen kann, so hebt das Erfurter Programm mit Recht hervor: „Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden." Obwohl im Prinzip ein Gegner der veralteten, militärischen Kasernen- und Internatserziehung, muß Verfasser auch hier (vgl. Kindertagesheime für vorschulpflichtige Kinderchen) die Forderung nach modernen, gesunden Schulerziehungsheimen für unbemittelte Schüler aller Ordnungen stellen. Unsere Zeit strebt geradezu danach hin, daß dem Problem der Landerziehungsheime im Sinne des eben verstorbenen Sozialpädagogen Lietz und seiner pädagogischen Schule (vgl. seine Anstalten Haubinda u. a.) sowie der Freien Schulgemeinde von Wyneken von Staats wegen nahegetreten wird; man darf diese Forderung der Freideutschen, Wandervögel, der Freien Jugend, der Unabhängigen und Kommunisten, weil sie „extrem" sind, nicht ohne weiteres als undiskutierbar abtun. (Vgl. Aufbau von Schülker.) Sittliche Landerziehungsheime sind eine Tagesforderung, die ihren Wert längst in den Erfolgen der Praxis erwiesen hat, ehe man mit theoretischen Erörterungen an sie herantrat. Was waren Pestalozzis, Salzmanns, Basedows Anstalten vor 150 Jahren, für die sich sogar Monarchen hoheitsvollst „interessierten", anders als Schulgemeinden? Die Methode des didaktischen Sozialismus führt zum Studium des wissenschaftlichen und zur Erfüllung des praktischen und wirtschaftlichen Sozialismus im Rätesystem nur durch die Erziehung in der Gemeinschaft, und durch sie für die Gemeinschaft! Wie in der eben geschilderten Arbeit der Grundschule müssen vor allem die begabten Armen, die wahren künftigen Führer des Volkes, die praktischen Verkünder und Förderer des Rätegedankens, in den Schülerheimen erfüllt werden mit der Arbeit, dem Leben und dem Geiste des konsequenten Sozialismus, der allein den Begabten zu fördern vermag — dem bis dahin bevorrechtigten Unbegabten allerdings eine andere Arbeitsstätte zuweisen wird als bisher — und das fürchten gewisse Kreise. . . .

Das Schulbuchmonopol des Staates ist unter der Monopolisierung der Lernmittel, die in der Arbeitsschule eine wesentliche Vermehrung erfordern, das wichtigste. Von zwei Brüdern, die nacheinander die Schule besuchten, konnte sicher bisher der zweite die alten Schulbücher des ersten nicht mehr benutzen, wenn er herangewachsen war. Nicht, daß sie gestohlen waren, nein, sie waren — „veraltet!" Und das meist innerhalb zweier Jahre! Da war nämlich eine neue stark vermehrte und veränderte Auflage notwendig geworden! Vergleicht man die neue mit den „veralteten" etwas näher, so kann man mit Erstaunen feststellen, daß die Seitenzahlen darum nicht mehr übereinstimmten, weil die — Anordnung eine ganz geringe Veränderung erfahren hatte; diese kleinen Veränderungen erstreckten sich nicht nur auf Lesebücher, nein, auch Rechenbücher und Sprachbücher verfielen dieser alljährlichen Umordnung. Es erweckte schon lange den Anschein, als ob diese Notwendigkeit der äußerlichen Andersgestaltung — denn um wirklich durchgreifende reformatorische, pädagogisch motivierte Arbeit handelte es sich nie — dem natürlichen Verstande der Eltern nicht einleuchtend erschien, ja, als ob Neuauflagen künstlich und absichtlich in etwas veränderter Form hergestellt wurden. Es ist noch nicht das Gegenteil dafür erbracht, daß manche Schulräte, Rektoren und Schulaufsichtsbeamte die Schule als Milchkuh ansahen und eigene, durchaus kapitalistisch-egoistische Interessen dem Wohle der Volksschule und des Geldbeutels des armen Mannes (übrigens zum Troste auch des reichen!) unter dem Deckmantel des pädagogischen „Fortschrittlers" überordneten. Die Herausgabe eines Rechenbuches z. B. muß doch dem etwas einbringen, der sich nach Jahren schon eine eigene Villa bauen kann. Wie sozialistisch gedacht ist doch da die Monopolisierung der Schulbücher durch den Staat. Es ist pädagogisch auch einwandfreier, wenn die Herausgabe eines Buches für Volksfinder nicht einem einzelnen übertragen wird — wie leicht könnte er einen Fehlgriff tun —, sondern einem Bücherrat, der sich zusammensetzt aus den tüchtigsten Schulmännern, Künstlern (vgl. Aufruf der freien Künstler und Künstlerinnen in Nr. 178 des Volksblattes), Mitgliedern des Elternrates und der Buchdruckergewerkschaft; denn der einzelne könnte gar leicht (nachweisbar!) verleitet werden, neben eigenen kapitalistischen, vor allem die Interessen einer reaktionären vorgesetzten Behörde, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse eines Proletarierkindes, zu vertreten. Dieses unwürdige, wenn idealistische Verhalten einzelner Buchschreiber aber ist geradezu unmoralisch zu nennen im Hinblick darauf, daß Eltern bisher gezwungen waren, jedes Jahr die vorgeschriebenen neuaufgelegten Bücher zu kaufen, und zwar in der Regel neu! Diesen unmoralischen kapitalistischen Interessen einzelner vorzubeugen, übergibt der Staat die Bearbeitung sämtlicher Lehrbücher dem Provinzial-Bücherrat und den Vertrieb der Schulverwaltung. Jedes Buch, das ein Kind in der Hand hat, jedes Werkzeug, jeder Griffel, jedes Täfelchen, jedes Werkzeug im Handfertigkeitsunterricht, jedes Heft, alles ist Staatseigentum! Und das ist erzieherisch von ungeheurem Werte! Meinst du, daß das Kind dadurch verleitet würde, Staatseigentum zu vergeuden? Im Gegenteil! Schon der Jugend der Grundschule pflanzt man tief in die junge Brust die Achtung ein vor dem Staatsbesitz und der Heiligkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die verhindert, daß der Kapitalismus selbst in die Schule mit gierigen Krallen hineingreift, der Egoismus, der ja die Kinder nur verlockt, Eigentum, das ihr reicher Vater schnell wieder durch den freien Buchhandel ersetzen kann, gering zu achten und leichtsinnig zu verschleudern. Die Lehre von der Unersetzlichkeit des Staatseigentums ist nicht die einflußreichste, aber eine der persönlich einschneidendsten Erziehungsfaktoren im Leben des Grundschülers.

Und wie die Lehrform der Grundschule der didaktische Sozialismus, so ist das erzieherische Moment der aus der Einführung des Staatsschulmittelmonopols entspringenden Lehre von der Unersetzlichkeit des Staatseigentums der pädagogische Sozialismus —, und zwar schon in der Grundschule!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0003

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungs-Einrichtungen

*2162 **Schlafzimmer.** Große Ulrichstraße 50, I. Geöffnet von 9—3. **Küchen.**

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bezirksverein Halle.

Mittwoch, den 20. August, abends 7 Uhr, im Volkspark (Turnhalle):

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. **Das endgültige Ergebnis d. Verhandlungen über die geforderte Teuerungszulage.**
2. **Die Verhandlungen vor dem Tarifamt.**
3. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Kollegen erforderlich.

3454 **Die Ortsverwaltung.**

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Kinder-, Garten- u. Volks-Feste!

Bunte Kinderstübe, Stock-Laternen, sowie Kinder-Belustigungs- und Verlosungs-Artikel in grosser Auswahl. 3437

Wiederverkäufer hohen Rabatt!

Paul Lange, Kurz- u. Galanteriewaren-Grosshandlung, **Merseburgerstr. 168** (Nähe Riebeckplatz).

Deutscher Eisenbahnerverband

Ortsverwaltung Halle (S.).

Mittwoch, den 20. August, abds. 7½ Uhr, im „Volkspark“:

Oeffentliche Eisenbahner-Versammlung

Thema:

Arbeiterausschüsse — Betriebsräte

Referent: Kollege **C. Beilschmidt.**

Anschließend freie Aussprache.

Kollegen, interessiert euch für die jetzigen Tagesfragen. **Kein dienstfreier Eisenbahner darf fehlen!**

3436 **Ortsverwaltung Halle.**

Zentralverband der Zimmerer,

Halle a. d. S.

Mittwoch, 20. August, nachm. 5 Uhr, im **„Riebeckbräu“ (nach der Arbeit):**

Versammlung

Tagesordnung:

Bekanntgabe der Verhandlungen der Teuerungszulage.

3453 **Der Vorstand.**

Bitterfeld.

Morgen, Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“:

Große öffentl. Jugendversammlung.

*2300 Thema:

Die Forderungen der arbeitenden Jugend.

Jugendgenossinnen und -Genossen, sorgt für Massenbeteiligung. **Der Einberufer.**

Volkshochschule Wittenberg.

Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, *2290 in **Balzers Saal:**

Gründungsversammlung der Wittenberger Volkshochschule.

Es werden sprechen: Herr Kreisschulinspektor Heisapfel über: Die Geschichte der Volkshochschulen; Herr Lehrer Siebenzehn über: Ziel und Aufgaben der Volkshochschulen. Anschließend: Satzungsberatung und Vorstandswahl. Gesangsvorträge des Arbeiter-Gesangvereins (Männer- und Frauenchor), Stücke für Klavier und Geige und Rezitationen werden den Abend verschönern. Um zahlreichen Besuch bittet **Der vorbereitende Ausschuss.**

Verband der Glaser.

Sonnabend, den 23. August, nachm. 4 Uhr, im kleinen Saale des Volkspark:

Grosser Ball.

— **Starkes Seifert-Orchester.** —

Gäste willkommen. 3440 **Der Vorstand.**

Festsäle „Goldener Hirsch“,

Fernspr. 5983. Leipzigerstr. 63. Fernspr. 5983.

*2284 **Mittwoch, den 20. August 1919,** von **nachmittags 6 Uhr an:**

Oeffentlicher Tanz.

Geselligkeitsverein Felsenfest

Zu unserem am Mittwoch, den 20. August 1919, im Deutschen Reichsadler, Halle-Trotha, stattfindenden

: Unterhaltungs-Abend :

verbunden mit Tanz und humorist. Vorträgen ladet alle Freunde und Gönner [illegible] ein. Anfang 6 Uhr abends. [illegible] Der Vorstand. Eintritt mit Tanz: Damen 0,50 Mk., Herren 1 Mk.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Stuhl-Flechtrohr

(Sisapa-Rohr) in verschiedenen Breiten immer vorrätig bei 3322 **Max Ott,** Steinweg 26.

Galgenberg,

Dampfwäscherei, Färberei, Chemische Reinigung.

Stärke-Wäsche binnen **8 Tagen.**

2914

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen **A. Weise,** Pelz- u. Fellhandlung, Rannischestr. 1. Tel. 1667. 2160

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus 3092 **C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstraße 41. Preisliste gratis.

Empfehle 2186 **Holzpantoffeln** mit pa. Lederblatt **sowie Hölzer** f. ein zweit. Besohlen dazu. **Max Fricke,** Pantoffelfabrik, Trothaerstr. 60. Tel. 3665.

Reisekörbe, Holzkoffer, Mufenkoffer, Rucksäcke Friedensware, jetzt, um damit zu räumen, weit unter Preis. 3432 **Ein- und Verkaufshaus** 23 Schülershof 23.

Bis **30 M.** tägl. Verdienst, Erwerb oder Nebenerwerb. Prospekt gratis. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig 95. *2062

Herrenstoffe prima Friedensware [illegible], reine Wolle. Elegante **Hosenstreifen** zu bekannt 3451 **billigen Preisen. Ruhland,** Leipziger Strasse 38 II

[illegible]

Bauschnie Rastede (Oldbg.) [illegible] Ausführl. Preisl. [illegible] 1795

Vereins-Anzeiger

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor Mittwoch, d. 20. August, abends 8 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor. Jeden Mittwoch, ½9 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Turnverein Fichte. Vereinslokal: Volkspark. Turnstunden finden statt: Männer-Abteilg. Norden: Dienstags und Freitags von 8 bis 10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs v. 8 b. 10 Uhr: Oberrealschule, Staudestr. Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Schülerinnen-Abteilung: Donnerstag, v. 5—7 Uhr: Volkspark-Turnhalle. Männer-Abteilg. Süden: Montags u. Donnerstags von 7 bis 9 Uhr. Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Johannesschule, Liebenauerstraße. Sonntags vormittags von 7½ bis 10½ Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiele auf d. Sandanger. Freunde und Gäste willkommen. Sonnabend, d. 23. Aug., abds. ½8 Uhr: Vorstands- und Vorturner-Sitzung im Volkspark.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Dienstag, den 19. Aug., abends 8 Uhr im Riebeck-Bräu, Gr. Berlin: Führersitzung. Donnerstag, d. 21. Aug., abends 7 Uhr, im Stadtheim, Kl. Berlin: Zusammenkunft, Tourenberichte. Sonntag, den 24. Aug.: Besuch der Ortsgruppe Gera. Abfahrt: Sonnabend, abends 6.20 Uhr bis Gera.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn Halle (S.) Jeden Dienstag und Freitag: Uebungsstunden im Restaurant z. Plauderecke Auguststraße. Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. eines jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

I. Athletenclub von 1890 in Halle a. d. Saale. Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle. Freitag, den 29. August, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause: Mitglieder-Versammlung.

Arb.-Samariter-Kol. Halle Jed. Mittwoch nach dem 1. und 15.: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette“.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz. Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr. Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U. Wander- u. Mandolin-Abteilung: Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr. Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U. Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend. Dienstag, den 19. Aug., abends ½8 Uhr in Teichmanns Restaurant: — Singestunde. — **Der Vorstand.**

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im Thüringer Hof. **Der Vorstand.**

Nicht jeden Tag

*2295

brauchen die Schuhe mit Krem behandelt zu werden, wenn man Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Nigrin

verwendet, denn er ist sehr ausgiebig und der Glanz lange haltbar. Bei trockenem Wetter Staub entfernen und mit weichem Lappen nachreiben.

Vertreter: **Eberwien & Co.,** Halle (S.), Talamtstr. 2.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straußfedern **„Die große Mode“.**

Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. Ich liefere unter Nachnahme in **schwarz und weiss.** Länge ca. 36, Breite 13 cm, zu 5,— „ „ 39, „ 15 „ „ 7,25 „ „ 46, „ 17 „ „10,75

Zurücknahme nach achttägiger Probe.

Pracht-Katalog. Größte Auswahl in Straußfedern, Straußfed.-Kränzen, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst.

Man bestelle per Postkarte. Viele tausende Dankschreiben.

Ernst Lange, Düsseldorf, Straußfedern-Haus *2293 Arnoldstraße 21a

Kein Ladengeschäft! Versand direkt ab Lager.

Prima Speise-Margarine

*2368 (markenfrei) verkauft **Fr. Freygang, Merseburg.** Gr. Ritterstr. 7. Telephon 424.

Material zum Wasserklosett-Bau gegen Zement zu tauschen oder zu kaufen gesucht. 3444 Grosse Gosenstrasse 12.

Familien-Nachrichten.

Auch noch ein Opfer des kapitalistischen Weltkrieges wurde unser zweiter hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Schwager, der Schmied

Walter Koch.

Er mußte sein junges Leben von nicht 24 Jahren durch eine heimtückische, schwere Herz- und Nervenkrankheit, welche er sich im Felde zugezogen hatte, nach fast 3½ jährigem, schwerem Leiden am 16. August, abends 9 Uhr, aufgeben.

Halle (S.), Queis b. Reußen, Magdeburg, den 19. August 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen: Eltern, Geschwister und Schwager, Hermann Koch, Schmiedemeister, Liberte Koch geb. Göring, nebst Angehörigen, Dieskauer Str. 11.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 20. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. 3439

Nun ruhe sanft, geliebtes Herz, Du bist erlöst von deinem Schmerz.

Am Sonntag, den 17. August, entschlief nach schwerem Leiden unser lieber kleiner

Herbert

im Alter von neun Jahren.

Kröllwitz, den 17. August 1919.

Familie Karl Städter nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, statt. 3435

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Begräbnis unseres so früh verstorbenen Bruders, Schwagers und Onkels, des Privatmannes

Hermann Klepsch

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Dank auch dem Herrn Pastor Bodenstein für seine trostreichen Worte am Grabe. 3438

Radewell-Bruckdorf, 18. Aug. 1919.

Familien Klepsch und Grosse.

Sozialdemokr. Verein U. S. P. D. f. Halle u. Saalkreis.

Am Sonntag, den 17. August, starb unser Parteigenosse, der Schmied

Walter Koch

im Alter von 24 Jahren.

Ehre seinem Andenken! 3448

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. Der Vorstand.

Allen Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß am 16. d. M. unsre brave, liebe Tochter

Anna

im jugendlich. Alter von 16 Jahren verschieden ist.

Halle, d. 19. 8. 19. Merseburgerstr. 54.

In tiefer Trauer:

Rich. Preusser und Frau, 3449 nebst Geschwistern.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Marmelade beginnt am Mittwoch, den 20. August 1919. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe der Marmelade erfolgt unter Abtrennung der Marke 384 des Warenbezugsscheines 24.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch, den 20. August.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 14001—16000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 16001—18000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 25 Pf. abgegeben.

Städtischer Verkauf von gemahlener Kaffeemischung (garantiert 30 Proz. reiner Bohnenkaffee) in der Talamtschule am Mittwoch, den 20. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 14001—16000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 16001—18000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund zum Preise von 75 Pf. für das Viertelpfund abgegeben werden.

Dänische Auslandseier, die dem Magistrat zugewiesen worden sind, kommen am Mittwoch, den 20. August, und im Laufe der nächsten Tage in den Geschäften der Buttergroßhandlung F. H. Krause, zum freihändigen Verkauf. Der Preis für den Verbraucher beträgt 1.35 Mk. für das Stück.

Kleinhandelspreise für Frühgemüse.

Gemäß den von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten Erzeuger- und Großhandelspreisen (Höchstpreisen) für Frühgemüse werden folgende Kleinhandelspreise für das Pfund mit Wirkung vom 20. August 1919 an festgesetzt: Möhren ohne Kraut 5 Pf. Erzeugerpreis, 9 Pf. Großhandelspreis, 14 Pf. Kleinhandelspreis; Weißkohl 3½, 8, 13 Pf.; Rotkohl 14, 20, 28 Pf. Für frühe Säezwiebeln gelten vom Beginn der Ernte an die Preise für Herbstzwiebeln mit (Erzeugerpreis) 11 Pf., (Großhandelspreis) 17 Pf., (Kleinhandelspreis) 24 Pf. je Pfund.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Graupen** am Mittwoch, den 20., und am Donnerstag, den 21. August 1919, abzuholen.

Nach § 28 der Polizeiverordnung über das Meldewesen der Stadt Halle vom 16. April 1919 haben die Personen, die bereits vor Einführung dieser Meldeordnung in Halle Wohnsitz genommen haben, sich **bis zum 30. September 1919 einen Wohnungsschein ausstellen zu lassen.** Die Wohnungsscheine werden in den zuständigen Reviermeldestellen ausgestellt und zwar für Personen, deren Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben beginnen: A bis einschließlich E in der Zeit vom 18. bis 23. August, F bis einschl. K. vom 25. bis 30. August, L bis einschl. Qu vom 8. bis 13. September, R bis einschl. S. vom 15. bis 20. Sept., T bis einschl. Z vom 22. bis 27. Sept. von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Für eine Familie wird nur ein Wohnungsschein ausgestellt, jedoch erhält jeder zur Familie Bedienstete einen besonderen Schein. Wer nach dem 30. September 1919 nicht im Besitze eines Wohnungsscheines ist, macht sich nach § 29 obengenannter Verordnung strafbar.

Merseburg.

Ausgabe von Butter und Margarine

am Sonnabend, den 23. August 1919. Es werden zugeteilt: 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf. und 100 Gramm Margarine zum Preise von 66 Pf. Auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K und G) 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf. Fettmarken mit dem roten Aufdruck L sind nur mit 50 Gramm Margarine zu 33 Pf. zu beliefern.

Merseburg, den 16. August 1919.

L. A. II. 2405/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Städtischer Obstverkauf

am Dienstag, den 19. August 1919, vormittags von 10 Uhr an in allen Obstverkaufsstellen. Auf Abschnitt 99 des Lebensmittelheftes Nr. 5901 bis 8655 erhält jeder Haushalt 2 Pfund.

Merseburg, den 18. August 1919.

L. A. II. 2410/19. **Das städt. Lebensmittelamt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0004

Sozialisierung des Bergbaues!

Die Stellung der U. S. P. zur Kohlenförderung.

Gen. Koenen machte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 15. August zur **Interpellation der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen** über den

Rückgang der Kohlenförderung

folgende Ausführungen.

Abgeordneter Koenen (Unabh. Soz.):

Werte Versammlung! Daß weite Volkskreise einer schweren, sehr schweren Zukunft in den nächsten Wochen entgegengehen, empfinden wir schon lange. Neben der Kälte, die sie zu leiden haben werden, werden sie den Hunger spüren, weil Austauschprodukte, wie Kohle usw., nicht vorhanden sind, um billigere Lebensmittel dafür herbeizuschaffen. Die Arbeitslosigkeit wird ungeahnte Ausdehnung annehmen. Neben den 1½ Millionen Arbeitslosen, die jetzt schon gezählt werden, werden die Gefangenen, die ¾ Millionen ausmachen, nach Arbeit suchen, und außerdem sind ungefähr ½ Millionen Reichswehrtruppen zu entlassen, die ebenfalls nach Arbeit suchen werden. Das sind

3 Millionen Arbeitslose,

die uns in wenigen Monaten zur Last liegen werden. Da die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung bei der jetzigen Finanzlage der Reiches nicht mehr aufgebracht werden können, muß eine Umorganisierung des Wirtschaftslebens unbedingt vorgenommen werden. Eine Ermäßigung der Unterstützung, wie sie die Demokraten in reaktionärer Weise befürworten, verschlimmert und verlängert nur das Elend. Und da auch die Vorschläge der Mehrheitsparteien nur die alten kleinlichen und kleinsten Mittel und Mittelchen zusammenfuchen, um der gewaltigen Krisis vorzubeugen, so befürchten wir, daß es nicht mehr möglich sein wird, der schweren Zeit des kommenden Winters zu entrinnen. **Unsere Partei hat nicht etwa Sehnsucht nach einem solchen wirtschaftlichen Elend.** (Zurufe: Na! Na! rechts.)

Es kann gar nicht unser Bestreben sein, ein solche Katastrophe, wie sie sich jetzt anmeldet, herbeizuführen. **Die politische Katastrophe des Vorjahres haben wir begrüßt und mit Absicht gefördert.** Den wirtschaftlichen Zusammenbruch durch unsere Schuld herbeizuführen lehnen wir ab, durch die Schuld der Rechtsparteien kommt er ohnehin schon im schlimmsten Umfange. (Sehr wahr b. d. U. S.) Streiks und sonstige Kämpfe, die die Arbeiter jetzt führen, um nicht allein die ganzen Lasten des Zusammenbruchs aushalten zu müssen, unterstützen wir stets nur dann, wenn sie wirklich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter geführt werden. Im anderen Falle wissen wir sehr wohl solche Kämpfe zu verhindern oder zu verkürzen.

Hinsichtlich der Schuld an dem Zusammenbruch ist schon von Vorrednern festgestellt worden, daß nicht von einem Rückgang der Arbeitsleistung an sich gesprochen werden darf, sondern daß der Rückgang der Kohlenförderung schon vor dem Kriege begann, sich während des Krieges verschärfte und jetzt lediglich seine Fortsetzung gefunden hat. Insbesondere **die Tatsache, daß wir auch in den Kriegswintern ohne alle innern Kämpfe unter den schwersten Kohlennöten und Eisenbahnschwierigkeiten gelitten haben, beweist, daß nicht die Streiks allein an dem jetzigen Zustande schuld sind.** Diese Kämpfe sind Folgen der Lohndrückerei vor und während des Krieges, wie auch das langsamere Arbeitstempo eine natürliche Folge der wahnsinnigen Ueberspannung während des Krieges ist. Herr Imbusch hat das im einzelnen ohne weiteres zugegeben. Man hat jetzt endlich entschuldigend dafür eine neue Rede gefunden. Man sagt, das Volk sei krank. Wenn das wahr ist, so tragen die Parteien der Rechten daran die Schuld. Sie haben das Volk vergiftet und sich an dem Volkskörper in schwerster Weise versündigt. Jetzt ist man bestrebt, die angebliche Krankheit des Volkes zu heilen. Dabei war für die Regierung bisher die Eisenhartkur des Herrn Noske das einzige Mittel. Mit **Handgranaten und Maschinengewehren** versuchte man ein solches Kranksein zu lindern. Es kommt aber nun doch einigen Parteiführungen das Bewußtsein, daß die noskischen Kuren völlig ungeeignet sind, um das Wirtschaftsleben wieder in geregelte Bahnen zu bringen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Herr Hue legte hier soeben das herrliche **Geständnis ab: nur keinen Zwang, nur keinen Druck, nur kein Zureden, nur gute Ernährung hilft.** (Sehr gut! b. d. U. S.) Sehr richtig hat damit der Herr Abgeordnete Hue dasselbe gesagt, was wir immer meinten, wenn wir von der Regierung verlangten: ihr sollt verhandeln, verhandeln, verhandeln! (Sehr richtig! b. d. U. S.) Das ist der einzige Weg, der uns vorwärts führt. Wie oft haben wir aber in allen unseren Kämpfen erleben müssen, daß man uns das Verhandeln brüsk ablehnte. Herr Sachse, der sich hier eben beschwert hat, ist ja gerade einer derjenigen gewesen, der auch jetzt noch beim letzten Streik zusammen mit seinem Freunde Schlicke, der als regierender Gewerkschaftsführer sein Intimus ist, mit dafür gesorgt hat, daß das Verhandeln mit den streikenden Kaiserbeitern abgelehnt wurde. (Hört, hört! b. d. U. S.) Und jetzt geht man dazu über, Gewaltmaßnahmen gegen die Streikenden anzuwenden, die eine Woche gemacht haben, sich gegen einen falschen, von irrtümlichen Voraussetzungen ausgehenden Tarifvertrag anzulehnen.

Jetzt wird durch **Maßregelungen** die Stimmung in der Arbeiterschaft wahrscheinlich **„arbeitsfreudiger“** gemacht. Durch Maßregelungen, die ins Ungemessene wachsen, die Tag für Tag uns gemeldet werden, glaubt man wohl, eine Beruhigung herbeizuführen. Nein, das ist nicht das von Hue verlangte Zureden, und das ist nicht das Mittel, um wieder aus dem Jammer des Zusammenbruchs herauszukommen, sondern gerade das Gegenteil. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Aber auch die Regierungsleute sind durchaus noch dabei, die alten Gewaltmethoden anzuwenden. Auch der Wirtschaftsminister Schmidt kennt keine anderen Methoden gegen die bösen Radikalen, als daß er wiederum, wie schon während des großen Aprilstreiks von ihm auf dem Rätekongreß mit Begeisterung und Nachdruck betont wurde, nämlich **mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe** aufzutreten. Das ist die Noskemethode, mit der man aber nur weiter in den Sumpf, weiter in das Elend und tiefer in den Jammer und in die Not hineinsegeln wird. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Wenn die Regierung nicht endlich dazu kommt, durch gründliche Aenderung der Verhältnisse die Mißstimmung zu beseitigen, dann wird man durch die Gewaltanwendung nur erzielen, daß die Arbeiter sich erst recht aufbäumen. Die Herren werden **Vorspannbienste für Raischisten** leisten, wenn sie die Taktik befolgen, die der Minister Schmidt wieder angekündigt hat. (Zustimmung b. d. U. S.) Bei dem gesteigerten Selbstbewußtsein, der besonderen freieren Art, wie die Arbeiter jetzt denken, ist es unsinnig sich einbilden zu wollen, daß man mit den Methoden der Herren Schmidt und Noske auch nur einen einzigen Arbeiter veranlassen könnte, etwa eine längere Arbeitszeit zu leisten oder sich sonstwie fleißiger zu betätigen. (Sehr richtig! b. d. U. S.) Wollen wir uns vor dem Zusammenbruche retten, so müssen wir von der Gewaltpolitik nicht nur geistig abkommen, wie sie Hue empfohlen hat, sondern die Regierung muß entschlossen mit dieser Politik brechen. Wir wollen feststellen, wie weit dabei die rechtssozialistische Fraktion hinter ihrem Führer Hue steht. Wir haben deshalb einen Antrag vorgelegt, durch welchen in Ergänzung der sozialpolitischen Vorschläge die **Aufhebung des Belagerungszustandes, die Zurückziehung der Truppen** aus den Bergbaubezirken und die **Entlassung der politisch Inhaftierten** gefordert wird. (Zuruf des O. Z.: Oberschlesische Forderungen!) Wollen Sie wahrmachen, was Hue hier aufgeführt hat, dann müssen Sie für unseren Antrag stimmen. Auch der Bergarbeiterverbandstag hat ähnliche Forderungen erhoben. Daß die Forderungen jetzt in Oberschlesien ebenfalls auftauchen, spricht deutlich dafür, daß ihre rasche Erfüllung die Möglichkeit bietet, eine gewisse Beruhigung herbeizuführen. In Oberschlesien verlangt man ebenfalls Milderung des Belagerungszustandes, damit Konferenzen und Versammlungen wirtschaftlicher Art unangemeldet und unbewacht tagen können. — Also **nicht einmal wirtschaftliche Konferenzen läßt der rechtssozialistische Regierungsvertreter Hörsing dort unten zu.** Und hier empfiehlt Hue: keinen Zwang, keinen Druck, denn nur zureden, nur bessere Ernährung kann helfen. Meine Herren, Sie sehen daran deutlich, wie Sie sich selbst gegenseitig immer wieder ins Gesicht schlagen. Und dann wundern Sie sich immer noch, daß die Arbeiter zu dieser rechtssozialistischen Politik das Vertrauen verlieren. Andere Auswüchse der Gewaltmethode, die die Hebung der Produktivität der Arbeit wahrlich nicht fördern, haben sich jetzt im mitteldeutschen Bezirk gezeigt. Das Volksblatt Halle hat die

Ermordung eines Bergarbeiters

durch Regierungssoldaten gemeldet, die angeblich die Feldfrüchte bewachen sollten. Wenn Bergarbeiter von ihrer Nachtschicht auf Landstraßen und Feldwegen nach Hause gehen, dann glauben die Noskeleute in diesen Bergarbeitern Felddiebe sehen zu müssen. Bei einer solchen Schießerei ist es vorgekommen, daß ein Bergarbeiter, der vom Bergwerksdirektor sowie vom Amtsvorsteher als einer der fleißigsten und ruhigsten Arbeiter geschildert wird, von Noskesoldaten getötet wurde. Die Folge dieser Methode der Gewaltanwendung ist, daß die Arbeiter im Zeitzer Braunkohlenrevier die **Nachtschichten verweigern,** weil sie keine Lust haben, sich als angebliche Felddiebe erschießen zu lassen. Auch in der Umgegend von **Teutschenthal** ist es durch Zivilwachtleute **wiederholt zu nächtlichen Schießereien** gekommen, die Todesopfer gefordert haben. Diese Auswüchse zeigen, daß dem Geiste der Gewalt, dem Machtregiment ein Ende gemacht werden muß. Will man Ruhe haben, so muß man mit den Arbeitern auf dem Boden der gegenseitigen Gleichberechtigung verhandeln, verhandeln und immer wieder verhandeln! In diesem beruhigenden Sinne haben wir auch geglaubt, von der Regierung endlich eine **Amnestie** erwarten zu dürfen, die eine Befreiung der politischen Häftlinge aus der Zeit der großen Bergarbeiterstreiks vom Februar und April bringen müßte. **Noch immer schmachten Hunderte verhafteter Bergarbeiter in den Gefängnissen Westfalens.** Diese Tatsache wirkt auf die Arbeiter allgemein lähmend und niederdrückend, fördert ihre Arbeitslust durchaus nicht. Die **Familien der Inhaftierten sind in Not,** es müssen ständig Aufrufe veröffentlicht werden, um Lebensmittel und Geldsammlungen für diese **nicht von den Gewerkschaften unterstützten Häftlinge** zu veranstalten. Durch diese Aufrufe werden die Bergarbeiter und ihre Familien daran erinnert, daß Massen ihrer Vertrauensleute immer noch in Gefängnissen schmachten. Die Mehrheitsparteien müssen endlich, wenn sie eine Besserung wollen und sich wirklich auf den Standpunkt stellen, einer völligen Amnestie zustimmen. Der Bankrott der Noskepolitik, der mit Hues Bemerkungen angemeldet ist, muß durch solche Amnestie sichtlich in die Erscheinung gebracht werden. (Sehr richtig! b. d. U. S.)

Aber ich habe der Regierung einen viel größeren Vorwurf zu machen. Warum hat man bei dem großen Februarstreik und vor allen Dingen bei dem

vierwöchigen Streike im Ruhrrevier,

der eine Hauptursache des Niederganges der Produktion ist, nicht **andere Methoden angewendet als lediglich die Gewalt.** Hätte damals die Regierung einen Vertreter ins Ruhrrevier geschickt, dann hätte sich manches Unheil verhindern lassen. Aber die Regierung **hält es nicht für nötig, mit den Vertretern der revolutionären Arbeiter sich irgendwie in Verbindung zu setzen.** Sowohl auf der Konferenz vor Streikausbruch, sowie in der zweiten Konferenz während des Streiks, hatte die Regierung es nicht für nötig empfunden, einen Vertreter zu entsenden. Aber sie hatte inzwischen ein nicht ganz **neues Mittel zur Beruhigung der Arbeiter** entdeckt, indem sie den **Belagerungszustand** verhängte und das Korps Lichtschlag einrücken ließ. Nach der zweiten Konferenz, die eine bedeutende Verschärfung des Kampfes und eine klare Formulierung der Streikforderungen gebracht hatte, setzte sich die Regierung immer noch nicht mit den Bergleuten in Verbindung. Nein, als die dritte Konferenz stattfand, hatte sie nichts besseres zu tun, als das **Konferenzlokal,** in das sie hineingehörte, um zu verhandeln, **militärisch zu umstellen** und unter Waffen und **Feuergefecht zu nehmen** und schließlich die ganzen Konferenzteilnehmer **einzusperren.** Das sind die Verhandlungsmethoden der Regierung, die sich jetzt beklagt, daß dort nicht genug gearbeitet wird.

Die Hauptforderung, die damals erhoben wurde, war die **Sechsstundenschicht.** In der ersten Konferenz wurde diese Forderung durchaus nicht so unbedingt erhoben und bei tatkräftigen Eingreifen in die Verhandlungen wäre es damals der Regierung möglich gewesen, eine Lösung auf der Grundlage der inzwischen bewilligten Siebenstundenschicht zu erzielen. Erst das Einrücken der Truppen ließ die Bergleute ihre Forderungen mit aller Schärfe erheben. Auch andere wirtschaftliche Forderungen des damaligen Streiks mußten inzwischen von den Rechtssozialisten anerkannt und durchgeführt werden. So die reichsgesetzliche Regelung der Knappschaftsverhältnisse und die Anerkennung der Arbeiterräte. Wären Sie kluge Politiker gewesen, dann wären Sie hingefahren, bevor der Streik ausbrach und hätten auf der Konferenz in ihrem Sinne gewirkt. Sie hielten das aber nicht für notwendig und daher sind sie **mitschuldig an dem Zusammenbruch,** vor dem wir jetzt stehen. Sie sehen also, daß der Streik, der das größte Loch in unsere Kohlenwirtschaft gerissen hat, zum größten Teil durch die **Unzulänglichkeit der Regierungsvertreter** verschuldet wurde.

Die uns von den Mehrheitsparteien unterbreiteten Vorschläge wollen wir zum Teil unterstützen, zum Teil ergänzen. Sie suchen durch allerlei moralische Erwägungen die Arbeiter zur Arbeit anzuspornen. Wir schlagen ihnen vor, statt dessen festzulegen, was die Regierung zu tun hat. **Nicht allgemeine Redensarten über die Sozialisierung, sondern nur positive Arbeit in dieser Richtung wird von der Arbeiterschaft den Willen zur intensiveren Tätigkeit wecken.** Für die Verworrenheit für die Regierung in dieser Richtung ist charakteristisch, daß Herr Hue sich heute die erdenklichste Mühe gab, um den Herren von der Rechten klar zu machen, daß die Sozialisierung nicht zu umgehen sei. Im Februar haben sie angeblich die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft beschlossen, im März haben sie Plakate ankleben lassen: die Sozialisierung ist da und heute ist Herr Hue der Meinung, daß sie sich nicht umgehen lassen wird. Diese Unwahrhaftigkeit in ihrer Politik machen ihnen die Arbeiter zum Vorwurf. Wir schlagen ihnen deshalb vor, den Paragraph 20 positiv zu fassen: **Schleunige Vorlage eines Gesetzes, auf Grund dessen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues sofort durchzusetzen ist.**

Weiter fordern wir die Regierung auf, für höhere Bergarbeiterlöhne und vorurteilslose Anerkennung der Betriebsräte zu sorgen. Im mitteldeutschen Bergbau besteht bereits eine Abmachung, und die Regierung braucht nur dafür zu sorgen, daß sie wirklich eingehalten und auch im Rheinland, Westfalen durchgeführt wird. Bei uns in Halle gibt es kaum noch Arbeitslose. Unser Arbeiterrat hat dafür gesorgt, daß sie in die Braunkohlenwerke gegangen sind. Es wurden Eisenbahnzüge nach dem Geiseltal eingelegt, um die Arbeiter regelmäßig nach ihrer Arbeitsstätte zu bringen.

Der Vater.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Einer Mutter, der ihre Stütze fürs Alter, ihre Hoffnung, der Zentralpunkt all ihrer Liebe — ihr einziger Sohn zerstampft worden war auf dem Felde der Ehre, und die zu Robert sagte, „jetzt muß man sich halt damit abfinden“, griff er wild an den Hals.

Gott strich über des Kellners Hände und legte dessen plötzlich von Liebe durchbebten Finger der Mutter sanft auf die Schulter. Denn nicht die Frau war schuld, nicht sie war der Feind und nicht ihre Worte, sondern das, was hinter den Worten stand. Und das war etwas, das nicht da war. Es war das Nichtvorhandensein der Liebe.

Das mörderische Schuldbewußtsein brannte die kleine Vaterliebe weg, so daß das Urgefühl der großen Liebe aufstehen konnte in ihm.

In tiefster Demut, in deren Mittelpunkt die unversiegbare Kraft der Liebe stand, verrichtete er die Arbeit des Pikkolos, trug den Gästen zu, spülte Gläser aus, ging, als die Glocke ihn rief, in den großen Hotelsaal.

Schlosser, Maurer, Schreiner, Spengler, Tapezierer, Glaser — zerarbeitete Männer, die haarigen, abschreckend häßlichen Tieren mit Menschenaugen glichen — füllten den großen Hotelsaal: die Bauarbeitervereinigung hielt ihre Jahresversammlung ab.

Robert brachte dem Redner, der auf dem Podium stand, eine Flasche voll Wasser und hörte, aus Klavier gelehnt, hinter dem die Säbelchen und Schießgewehrchen steckten, dem Redner zu.

Der erklärte, daß Unterstützungsgelder an arbeitslose und kranke Mitglieder dieses Jahr nicht ausbezahlt werden könnten. Denn es seien so gut wie keine Beiträge eingelaufen. Zudem habe man den Mitgliedern, die im Felde standen — und die gingen allen andern vor — fortlaufend Unterstützungsgelder geschickt. „Die Reserven sind aufgebraucht. Die Kasse ist leer.“

Siebenhundert Augenpaare von siebenhundert dumpf schweigenden Menschen blickten ratlos auf den Redner. Die Frauen, deren Küchentöpfe leer waren, und die Frauen, deren Männer im Felde standen oder schon gefallen waren, hatten rotgefleckte Wangen bekommen. Die Eisenplatte, die seit zwei Jahren über ganz Europa lag, lag sichtbar auch über diesen siebenhundert in Leid und Not verkrampften Lastieren.

Ein kleiner Junge hatte das Kinderschießgewehr hinterm Klavier, das auf dem Podium stand, hervorgezogen und zielte, den Schaft an der grauen Backe, hinunter auf die siebenhundert reglosen Männer und Frauen. Alle blickten auf das Loch des Rohrlaufs aus Weißblech.

Und draußen standen, den Gewehrschaft an der Backe, in Schuld und Sünde Millionen Menschen gegenüber Millionen Menschen, die in Schuld und Sünde standen.

Da tat Robert den Sprung. Es war ein ganz langsamer Sprung. Er ging traumwandlerisch sicher auf den Jungen zu, nahm ihm das Spielzeug von der Backe weg und trat vor, bis an den Rand des Podiums.

Und während der Redner Wasser trank und seine Abrechnungslisten zurechtlegte, sagte Robert:

„Das hier ist ein Schießgewehr. Das habe ich . . . ich selbst habe das meinem Jungen gekauft. Damit hat er gespielt. Damit hat er sich unmerklich die Liebe aus seinem Herzen hinausgespielt. Damit hat er schießen gelernt. Ich habe ihn das Schießen, habe ihn das Morden gelehrt. Mein Sohn ist gefallen. Er ist tot. Ich bin sein Mörder . . . Vaterstolz, Ruhmsucht, Gedankenlosigkeit und Gewohnheit haben mich zum Mörder werden lassen. Und doch habe ich nur getan, was auch Ihr getan habt. Auch von Euch, hat mancher seinen Sohn . . . verloren.“

Robert hieb das Gewehrchen gegen die Knie und legte die zwei Stücke ruhig zu seinen Füßen nieder. „Das hätte ich vor fünfzehn Jahren tun müssen . . . Habt Ihr es getan? . . . Also seid auch Ihr Mörder.

Unsere Männer und unsere Söhne erschießen Männer und Söhne. Und jene Männer und Söhne erschießen unsere Männer und Söhne. Und jeder Daheimgebliebene hofft: mein Mann, mein Sohn kommt zurück; mögen die andern fallen und sterben.

Solches kann nur ein Wahnsinniger wünschen . . . Ich frage Euch: ist der kein Mörder, der ein unschuldiges Kind so erzieht, daß es erst zum Mörder werden muß, bevor es selbst ermordet wird? Wird der so erzogene Unschuldige, wenn er einen gleichfalls schlechtberatenen Unschuldigen erschießt, nicht zum Mörder? Es gibt heute in Europa keinen Menschen mehr, der nicht ein Mörder wäre! . . . Wir sind verblendet und Mörder, weil wir den Gegner außer uns suchen und zu finden glaubten. Nicht der Engländer, Franzose, Russe und für diese nicht der Deutsche, sondern in uns selbst ist der Feind. Und wir sehen deshalb in andern Menschen den Feind, weil der tatsächliche Feind etwas ist, das nicht da ist. Das Nichtvorhandensein der Liebe ist der Feind und die Ursache aller Kriege. Ganz Europa weint, weil ganz Europa nicht mehr lieben kann. Ganz Europa ist wahnsinnig, weil es nicht lieben kann.

Oder ist es nicht Wahnsinn, wenn Ihr Euch freut über die Notiz: Zweitausend französische Leichen lagen vor unserer Linie? Ist die Einwohnerschaft von Paris nicht wahnsinnig, wenn sie sich freut über die Notiz: Zweitausend deutsche Leichen lagen vor unserer Linie?

Wir schreien vor Schmerz oder die Augen bleiben trocken vor Schmerz, wenn unser Sohn fällt. So lange wir nicht ebenso vor Schmerz schreien, wenn ein Franzose fällt, lieben wir nicht. So lange wir nicht fühlen: ein Mensch, der uns nichts getan hat, fiel und starb, so lange sind wir Wahnsinnige. Denn dieser Mensch, der fiel und starb, hatte eine Mutter, einen Vater, eine Frau, die vor Schmerz schreien. War ein Mensch. Wollte so gern leben. Und mußte sterben. Wofür? Warum? Wir, seine Mörder, ließen ihn sterben, weil wir nicht lieben.“

Robert machte während des Sprechens ganz kleine Bewegungen mit der Hand, daß die weiße Serviette baumelte. Es war so schwer, auch den andern mitzuteilen, was man selbst fühlte und erkannt hatte. Und dabei war das Ganze doch so einfach, so selbstverständlich. Aber die Menschen hatten sich von der Selbstverständlichkeit weggestellt. Sie hatten die Liebe einfach vergessen, wie man seinen Schirm stehen läßt.

„Man braucht ja nur zu lieben, dann fällt kein Schuß mehr. Dann ist der Friede da. Kinder sind wir dann auf unserer Erde. . . . Der ganze Erdteil weint. Daran merkt man doch, daß der Erdteil fähig zur Liebe. Ganz hoffnungslos wäre erst dann alles, wenn Europa lachen würde, weil ganz Europa blutet. Aber es gibt kein Haus in Europa, in dem nicht die Tränen fließen. Das ist die Liebe, die aus den Menschenaugen heraus weint, weil sie vertrieben worden ist aus den Herzen der Menschen.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0005

Es war uns auch gelungen, für diese Eisenbahnfahrten eine Auslösung herauszuholen. Da kam die **kluge Regierung von Berlin** und erklärte: Wir verweigern jeden Zuschuß zu dieser Auslösung. **Trotzdem ist es uns gelungen, einen großen Teil der Arbeiter noch heute** in den Braunkohlenrevieren in Arbeit zu halten. Leipzig liegt ebenso günstig für die Verteilung der Arbeiter. Hätte die Regierung dort ebenso, wie Arbeiterrat und Regierung in Merseburg, den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen, so hätte jetzt auch ein wesentlicher Teil der Leipziger Arbeitslosen Beschäftigung. Darum hat sich die Regierung aber anscheinend gar nicht bemüht. Hätte sie die Wege eingeschlagen, die wir bösen Kerle, die alles umstürzen wollen, gewiesen haben, so hätte wohl die Produktivität der Braunkohlengewinnung wesentlich gesteigert werden können. Sie (zu den Sozialdemokraten) brauchen nicht zu erwarten, daß wir durch den Abbruch des von anderer Seite arrangierten **Kaliarbeiterstreiks** Nachteile haben werden. Machen Sie sich darauf keine Hoffnung. Der Nachteil wird bei Ihnen sein, Sie werden die Folgen zu tragen haben, weil die Arbeiter an unserer praktischen Arbeit gesehen haben, was wir zu tun in der Lage sind. (Zuruf bei den Soz.: Sie hetzen!)

Noch einige wenige Worte zu der technischen Seite. Wie Herr Imbusch und andere Redner bereits ausgeführt haben, sind auf technischem Gebiete zahlreiche Vorgänge zu verzeichnen, die man **Unternehmern** als bewußte oder unbewußte Sabotage unterstellen muß. Tatsache ist, daß die Wiederherstellung der Maschinen und sonstigen Einrichtungen sehr im Rückstand ist. Unsere Betriebsräte haben außerordentliche Arbeit zu leisten, um die Unternehmer dahin zu bringen, die Einrichtungen in Ordnung zu halten. Diese weigern sich fortgesetzt, weil angeblich ihr Profit darunter leidet. Die vernachlässigten Betriebsmittel sind eine Hauptursache für den Rückgang der Produktion. **Der Bezirksbergarbeiterrat in Halle** hat fruchtbare Tätigkeit auf diesem Gebiet geleistet. Aber darum kümmert sich die Regierung nicht, wenn es gilt, gegen einen politischen Gegner Stellung zu nehmen. Weil der Bezirksbergarbeiterrat im Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern stand, wurde er aus dem Oberbergamt Halle entfernt.

Mit der Hebung der Kohlenförderung allein ist es jedoch nicht getan. Der Eisenbahnminister Oeser hat selbst zugeben müssen, daß man zur Kohlenabfuhr im rheinischen Bezirk täglich 16500 Wagen braucht, daß er aber nur 15000 stellen kann. Halten Sie das zusammen mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ziegler, daß Arbeiterentlassungen aus Lokomotivfabriken erfolgen, weil angeblich keine Aufträge für neue Lokomotiven vorliegen. (Hört, hört! bei den U. S.)

Zu der uns vorgelegten Gesetzesvorlage bringen wir keine Abänderungsanträge ein, weil für uns keine Aussicht besteht, damit durchzukommen, und es sich nur um die Ergänzung eines Gesetzes handelt, was wir abgelehnt haben. Die Regierung aber fordern wir auf, dafür zu sorgen, daß der **kapitalistische Einfluß im Kohlenbeirat** gebrochen wird.

Die Benachteiligung der Arbeiterräte bei der **Zusammensetzung** des Kohlenbeirates ist einer der Gründe, die uns veranlaßt haben, das Gesetz abzulehnen. Wenn die Regierung nicht endgültig den Arbeitern und Konsumenten, das ihnen zustehende Recht einräumen will vor den Augen des ganzen Volkes als eine **kapitalistische Interessenregierung** darzustellen.

In einer kurzen Antwort auf die Rede des Arbeitsministers Schmidt wies in der gleichen Sitzung Genosse Koenen den immer wieder auftauchenden Vorwurf, daß die Streiks lediglich auf spartakistische Hetzereien zurückzuführen sei, entschieden zurück. Er erklärte: wenn der Minister wirklich der Ueberzeugung ist, daß nur kommunistische Hetzereien die Ursache sind, dann muß er doch als geschickter Politiker in der Lage sein, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln der Beeinflussung der Bevölkerung und mit seinen Geheimräten und anderen Leuten den „indifferenten" Eisenbahnern und Bergarbeitern klar zu machen, wie gut es ihnen in Deutschland geht, und daß sie gar keine Veranlassung zum Streiken haben. Die Dinge liegen aber nicht so, sondern die Verhältnisse sind so schlecht geworden, daß sie den richtigen Boden für **wilde Streiks abgeben**. Deshalb muß die Regierung mit diesen nach ihrer Ueberzeugung irregeleiteten Leuten verhandeln, und sie muß ihnen auch ernsthaft entgegenkommen. Aber sie hört auf keine Warnungsrufe. Sonst hätte sie längst die von den Eisenbahnern verlangte **Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung** durchgeführt. Selbst die Betriebsräte, die man den Bergarbeitern und den Industriearbeitern zugestand, hat man für die Eisenbahner noch nicht übrig gehabt. Man hätte damit viel Unwillen aus der Welt schaffen können. Durch **lange Schimpfepisteln auf die Kommunisten** wird man bei den Eisenbahnern keine Ruhe herbeiführen.

Aus der Provinz.

Wer trägt die Schuld an der Kohlennot?

Zu dem Lokalartikel unter der gleichen Ueberschrift, die wir neulich veröffentlichten, können wir heute noch sehr bezeichnende Tatsachen mitteilen: Nach uns vorliegenden Meldungen sind in der letzten Freitagnacht in die Wohnbaracken des Braunkohlenwerkes „Elise II" bei Mücheln Noskertruppen eingedrungen und haben nach Waffen gehaussucht, gefunden hat man natürlich keine. Herausgefordert durch das übliche provozierende Auftreten dieser Ungeheuer in Menschengestalt hat die gesamte Belegschaft der Grube am Sonnabend früh die Arbeit niedergelegt.

Die Belegschaft der Braunkohlengrube „Gute Hoffnung" bei Roßbach hat gleichfalls am Sonnabend wegen Maßregelung eines früheren Betriebsratsmitgliedes die Arbeit niedergelegt. Der Grund zu dieser Entlassung, die natürlich auf die gesamte Belegschaft wie eine schallende Ohrfeige wirkte, war ein Konflikt des Entlassenen in seiner Tätigkeit als Betriebsratsmitglied mit dem Berginspektor. Es heißt, er sei zu scharf vorgegangen, obwohl er nichts weiter als seine Pflicht getan hat.

Beide Werke verfügen über eine Gesamtbelegschaft von über 2000 Mann und der tägliche Förderausfall ist ein ganz enormer. Ob die Streitfälle beigelegt sind und ob die Belegschaften die Arbeit heute wieder aufgenommen haben, ist uns noch nicht bekannt. Es ist wahrlich an der Zeit, daß der Allgemeinheit einmal die Augen geöffnet werden, wer eigentlich Schuld ist an der Kohlennot. Auf der einen Seite ist es das herrschsüchtige Unternehmertum, welches tagtäglich versucht, die Arbeiter in das alte Joch einzuspannen und die ihm so verhaßten Betriebsräte zu beseitigen. Auf der anderen Seite sind es Regierungsorgane, wie bei dem einen vorliegenden Fall und kürzlich bei der Erschießung des Bergarbeiters Ludwig durch Noskegardisten in Hohenmölsen bewiesen wurde. Nicht die Faulheit der Bergarbeiter also ist an der Kohlenknappheit schuld, wie vielfach fälschlich angenommen wird, sondern diejenigen Kreise und Organe, die den Bergleuten diese üble Eigenschaft andichten, und deren Anhängerschaft bisher immer einen vorsichtigen Bogen um jede Arbeit gemacht haben.

Herzberg. Aus dem Stadtparlament. Da unser Genosse Kaiser krankheitshalber sein Mandat niedergelegt hatte, wurde Genosse Hartwig als Stadtverordneter eingeführt und verpflichtet. Beschlossen wurde die Errichtung eines Wohnungsnachweises. Die Entschädigung für den Vorsitzenden des Mietseinigungsamtes wurden auf jährlich 200 Mk. vom 1. April dieses Jahres ab erhöht. Nach Erledigung anderer Punkte wurde die Summe von 5000 Mk. zur Herstellung von Notgeld in 10- und 25-Pf.-Scheinen bewilligt. Weiter wurde die Aufnahme eines Darlehens von 100 000 Mk. bei der hiesigen Stadtsparkasse zu 4½ und 1 Prozent Amortisation zu Bauzwecken zugestimmt. Gebaut soll werden ein Beamten-, ein Zweifamilienwohnhaus, eine Baracke zu Notwohnungen, eine Baracke als Geräteschuppen. Auch sollen die Rathausräumlichkeiten umgebaut werden. Es wurden dann einige Punkte erledigt und auch der schon zweimal zurückgestellte Punkt: „Ob die Tätigkeit des Arbeiterrats neben der auf demokratischer Grundlage gewählten Stadtverordnetenversammlung noch notwendig erscheint, oder ob sich eine solche erübrigt." Ohne große Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. Die neun konservativ-demokratischen Vertreter, welche in der vorhergehenden Sitzung nicht genügend „informiert" waren und weiteren **Aufschluß von dem Bürgermeister verlangen wollten, verzichteten auf jede Information und waren, was ja klar zutage trat, samt und sonders mit gebundenem Mandat erschienen.** Mit 11 gegen 6 Stimmen, bei einer Stimmenenthaltung wurde der Beschluß gefaßt, **daß in Zukunft für die Tätigkeit des Arbeiterrats der Stadt** Kosten nicht mehr erwachsen dürfen. Aus der Abstimmung ist zu ersehen, **daß auch zwei Vertreter, welche auf der gemeinsamen sozialdemokratischen Liste gewählt sind, für den Beschluß gestimmt haben und einer sich der Stimmeenthaltenhat.** Das gibt zu denken, und bei einer nochmaligen Aufstellung einer sozialdemokratischen Liste wird man doch wohl etwas genauer und konsequenter vorgehen müssen und nicht vom Scheinsozialismus sich betören lassen. Im übrigen hat jetzt das schaffende Volk, von Herzberg selbst zu sprechen, welche Stellungnahme es zu dem durch den Beschluß zur Untätigkeit verurteilten Arbeiterrat einnimmt. Die Herren aus dem konservativ-demokratischen Lager glauben, gesiegt zu haben, indem sie eine Errungenschaft der Revolution beseitigt zu haben glauben. Sie jubeln ob ihres Erfolges. Aber das schaffende Proletariat, es wird nicht stumm zusehen, wie es um seine Errungenschaften geprellt wird.

Bockwitz. Kartellbericht. Ein Schreiben vom Reichskommissar für Kohlenverteilung war eingegangen, in welchem auf die bevorstehenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung hingewiesen wurde. Zu einem Schreiben vom Kreiswohlfahrtsamt über Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge nach § 6 der Reichsverordnung wurde Stellung genommen und die Kollegen Ed. Otto (Bergarbeiter), Fr. Noack (Metallarbeiter), H. Habermann (Maschinisten und Heizer) und H. Ettrich (Bauarbeiter) in Vorschlag gebracht. Außerdem war ein Schreiben auf Anfrage des Vorsitzenden wegen des Privateisenbahnbeamten-Verbandes vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingegangen, in welchem auch darauf hingewiesen wurde, daß dieser Beamtenverband nicht den freien Gewerkschaften angeschlossen ist. — Zum Gewerkschaftsfest wurde beschlossen, daß der Festbeitrag für Frauen 20 Pf. betragen soll. Die Spiele der Kinder sollen am Montag beginnen. Vor der Aufstellung zum Umzug soll eine Sitzung der Gewerkschaftsvertreter sowie Turnvereinsvorstände Punkt 1 Uhr bei Gabriel stattfinden, in welcher die Verlosung zur Aufstellung vorgenommen werden soll. Die Gewerbetreibenden, welche einen Stand auf dem Festplatze beanspruchen, haben dies den Vorsitzenden zu melden. Die Abrechnung soll am darauffolgenden Sonnabend stattfinden. Wegen der Lokalfrage wurde beschlossen, bis zur nächsten Sitzung Umschau nach einem anderen Lokal zu halten, da der Besitzer trotz zweier Schreiben uns noch keinen endgültigen Bescheid hat zugehen lassen. Für die Kollegen Bieback und Redlich sollen von der betreffenden Organisation andere Delegierte gewählt werden, da diese schon mehr als dreimal unentschuldigt gefehlt haben. Zum Schluß wurde noch lebhaft Klage geführt über die Gewerbetreibenden Böhme-Kleinleipisch und Dietrich-Dolsthaida, welche trotz der gesetzlich eingeführten achtstündigen Arbeitszeit noch 10 bis 12 Stunden ihre Arbeiter beschäftigen. Bemerkenswert ist noch, daß diese fast nur Lehrlinge beschäftigen, die in langer Arbeitszeit ausgenutzt werden. Sollte dies in Zukunft nicht unterlassen werden, sieht sich das Gewerkschaftskartell genötigt, weitere Schritte zu unternehmen.

Torgau. Parteiversammlung. Die Vermutung, daß Spitzel unter den Versammlungsbesuchern sich aufhielten, gab Veranlassung, eine Mitgliedsbuchkontrolle anzukündigen. Und richtig, bei Aufforderung des Vorsitzenden, daß Nichtmitglieder den Saal verlassen mögen, entfernte sich eine Person. Nach unseren Informationen handelte es sich um einen Rechtssozialist sein wollenden Noskejünger in Zivil. Nach Vornahme einiger Neuaufnahmen in die Partei wurde Genossin Till als Delegierte für die Frauenkonferenz in Halle gewählt. Zum Punkt Stellungnahme zu den Magistratswahlen referierte Genosse Becker. Seine Ausführungen streiften die Tätigkeit des gegenwärtigen Magistrats, seine Zusammensetzung usw. und klangen dahin aus, daß die Stunde bald kommen möge, welche das elende Zweikammersystem in den Orkus verschwinden läßt. Die Diskussion ergab im wesentlichen, daß die Versammelten mit der Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion einverstanden sind. Die Aufstellung der Kandidaten für die Magistratswahlen überließ man den Stadtverordneten. Genosse Kroll führt Klage darüber, daß zu wenig Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet werde. Um neue Streiter für uns zu gewinnen, sei es notwendig, sich des öfteren in der Oeffentlichkeit zu zeigen, und zwar durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen. Es wurde beschlossen, zum Zwecke der Bildung und zur Erziehung der vielen neuen Mitglieder zu wirklichen konsequenten Sozialisten und Kämpfern allwöchentlich eine Zusammenkunft abzuhalten, und zwar jeden Sonnabend im Sängerheim. Es sollen dort Vorträge allgemein bildenden Inhalts gehalten werden. Scharf kritisiert wurde die Tätigkeit des Vorsitzenden des Mietseinigungsamts, indem darauf hingewiesen wurde, daß dieser die streitenden Parteien einigen solle, aber bei den bis jetzt stattgehabten Prozessen für Verurteilung der fraglichen Mieter eingetreten sei. Da die Einrichtung des Mietseinigungsamts städtischerseits erfolgt ist, beauftragte man die Stadtverordnetenfraktion, für die Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes zu sorgen. Eine Anzahl interner Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Torgau. Unglücksfälle passieren jetzt vielfach auf der hiesigen Munitionsanstalt. Bei der Explosion einer Sprengkapsel am Freitag erlitten einige Arbeiter bzw. Arbeiterinnen Verletzungen schwerer und leichterer Natur. Am Sonnabend krepierte beim Auseinandernehmen ausländischer Munition ein Schrapnell und richtete allerlei Verwüstungen an. Neben einigen Schwerverletzten hat man auch den Verlust eines Menschenlebens zu beklagen. Ein Arbeiter aus Sitzenroda fand dabei seinen Tod. Ein Sohn unseres Genossen Weber büßte ein Auge ein, während eine Tochter des Genossen Wagner äußerst schwere Handverletzungen davontrug. Auch diese Unglücksfälle wären vielleicht zu vermeiden gewesen. Nach unserer Information soll ein Teil der Schuld darin zu suchen sein, daß zuviel Personenwechsel in der fraglichen Abteilung vorkommen soll. Wir sind der Meinung, daß die Verrichtung dieser äußerst gefährlichen Arbeit ausschließlich nur eingearbeiteten Personen übertragen wird. Um nun einer Wiederholung eines derartigen Unglücks vorzubeugen, ist es Aufgabe des Arbeiterausschusses, anstatt sich gegenseitig zu begeifern, hier ein wachsames Auge zu haben.

Dommitzsch. Was geht hier vor? Im Laufe dieser Woche konnte man beobachten, wie Mitglieder der hiesigen Schützengilde in den Straßen mit Gewehren herumliefen, nicht etwa mit ihren Donnerbüchsen, sondern mit Militärgewehren, Modell 98. Daß verschiedene dieser alten Schützenbrüder gar nicht mit dem Gewehr umgehen können, konnte man leicht daran sehen, wie mancher sich seine Knarre durch Noskeïen in Ordnung bringen ließ, und wie diese alten Stümper sozusagen Instruktion bekamen. Nun fragt man sich, zu was schickt die Militärverwaltung 25 Gewehre an die hiesige Schützengilde? Vielleicht, weil hier eine Ortsgruppe der U. S. P. besteht? Nur gemach, ihr alten Kämpen, es werden noch Zeiten kommen, wo auch die alten Mordinstrumente nichts mehr nützen werden! Diese Schießprügel sind natürlich nicht, wie man immer schreibt, wegen Plünderung und Diebstählen hierher gekommen, sondern um der darbenden und leidenden Arbeiterschaft bei irgend welchen Anlässen zu Leibe zu gehen. Die Arbeiterschaft von Dommitzsch muß diese Leute links liegen lassen und ihnen nicht den Gefallen tun, sich zu Unüberlegtheiten hinreißen zu lassen. Uebrigens hat nicht allein die Schützengilde, sondern auch der Landwehrverein Militärgewehre bekommen.

Jeßnitz. Ein Protest. In einer Mitgliederversammlung der Eisenbahner wurde folgende bezeichnende Entschließung angenommen: Die Eisenbahner von Jeßnitz, Wolfen und Greppin protestieren entschieden gegen die Haltung der Mehrheit auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Das Vertrauensvotum, das die Mehrheit sich und der Generalkommission ausgestellt hat, ändert an der Tatsache nichts, da die Kriegspolitik der Generalkommission und ihres Gefolges das Verderben heraufbeschworen hat. Diese Kriegspolitik kann nur als eine Interessenvertretung der deutschen Imperialisten, aber niemals als eine solche des deutschen Proletariats bezeichnet werden. Die Haltung und die Beschlüsse über die Arbeitgemeinschaft, die Betriebsräte und das neue Statut des Gewerkschaftsbundes bedeuten die Aufrichtung einer vollständigen Autokratie von Unternehmern und Gewerkschaftsführern zur Beherrschung der Arbeiterschaft. Was sich die Arbeiter bisher im Laufe der Revolution errungen haben, wird durch die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses vollständig preisgegeben. Die obengenannten Eisenbahner betrachten diese sämtlichen Beschlüsse als einen Verrat an der Revolution und am Sozialismus. Nicht durch Arbeitsgemeinschaften und die von der Generalkommission vorgeschlagenen Betriebsräte kommen wir zum Sozialismus, sondern nur durch das reine Rätesystem. Wir Eisenbahner fordern daher die gesamte organisierte Arbeiterschaft der Umgebung auf, sich auf den Boden des Rätesystems zu stellen. Wenn nicht mit den Gewerkschaftsführern, dann ohne diese! — Die Entschließung wurde auch von den Rechtssozialisten mit großer Begeisterung angenommen, ein Beweis, daß auch sie nicht auf dem Boden ihrer Führer stehen.

Aus dem Saalkreis.

Ammendorf. Mitgliederversammlung der U. S. P. für den gesamten Distrikt, Mittwoch abend 8 Uhr, in der Broihan-Schenke. Tagesordnung: Die Frage des internationalen Zusammenschlusses Redner: Genosse Scholem-Halle.

Dieskau. Tod des Kammerherrn von Bülow. Am vorigen Sonntag ist Herr von Bülow auf Dieskau, einer der größten Rittergutsbesitzer im Saalkreise, gestorben. Er übte unter dem alten System einen großen Einfluß auf die Verwaltung aus, denn er war Amtsvorsteher, Kreisdeputierter und Provinziallandtagsabgeordneter. In all diesen Aemtern wirkte er natürlich im Sinne seiner Kaste und bot den Beweis, welch ungeheuere Macht im preußischen Staate den Junkern gegeben war. Wenn ihm auch nachgerühmt wird, daß er persönlich wertvolle menschliche Eigenschaften besaß, so konnte er doch niemals aus seiner reaktionären Haut heraus. Seine Aemter wären deshalb nach und nach in den Besitz der Arbeiterklasse gefallen, wie das bereits mit seinem Mandat als Kreisdeputierter geschehen war.

Allerlei.

Weitere Opfer des Krieges.

Bern, 18. August. Nach einer Meldung des Temps aus Maubeuge hat im Arnowald vorgestern **eine zweite Explosion des Munitionslagers** stattgefunden, **der abermals acht deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.**

Breslau, 18. August. Der Schlesischen Zeitung zufolge machte der beim Grenzschutz stehende Kutscher Keil, der bei seiner Familie auf Urlaub weilt, sich in seiner Wohnung mit einer Handgranate zu schaffen, die plötzlich explodierte. **Frau Keil und ein Kind waren sofort tot,** zwei Söhne wurden schwer verletzt, Keil selbst blieb unverletzt.

Flugunglück. Berlin, 18. August. Sonntag nachmittag war von dem Flugplatz Johannisthal ein Flugzeug aufgestiegen. Bald stürzte es mit seinen drei Insassen ab. Leutnant Donnenleyght war tot, Oberleutnant Hörten wurde der rechte Fuß bis zum Knöchel abgetrennt, Leutnant Gille trug leichtere Verletzungen davon. Die drei Verunglückten sind Angehörige des Hamburger Zeitfreiwilligen-Regiments in Berlin.

Brückeneinsturz. Lichtenstein-Honau, 17. August. Auf dem Schlosse Lichtenstein brach gestern nachmittag bei allzu starkem Andrang von Besuchern die Zugbrücke, die über ein Felsgestein in das eigentliche Schloß führt. Etwa **50 bis 60 Touristen,** darunter auch Frauen und Kinder, **stürzten in den an dieser Stelle etwa 10 Meter tiefen Graben.** Die Rettungsarbeiten nahmen geraume Zeit in Anspruch. Die in dem Schloßturm abgeschnittenen Besucher mußten durch Leitern ins Freie gebracht werden. Tote sind bis jetzt nicht zu melden, dagegen spricht man von **sechs Schwerverletzten** und etwa **20 Leichtverletzten.**

Theaterstreik in Amerika. Wie das Pressebureau Radio aus New York meldet, sind infolge des Ausstandes jetzt 19 Theater geschlossen.

Post aus Amerika. Hamburg, 18. August. Der norwegische Dampfer Alfred Nobel ist heute vormittag aus New York mit 2746 Säcken Amerikapost hier eingetroffen.

Der Flug durch den Pariser Triumphbogen. Ein atembeklemmendes Schauspiel bot sich an einem der letzten Morgen in Paris den Personen, die in so früher Stunde den Platz am Triumphbogen überquerten. Auf einem schnellen Nieuport-Eindecker sauste in rasender Fahrt ein Flieger heran und nahm seinen Weg durch den Triumphbogen. Wenn der große Bogen auch die stattliche Breite von 14 Meter hat, so füllte das Flugzeug mit seinen neun Metern Spannweite diese doch nahezu aus, und diese schmale Pforte bei einer Fahrt von 150 Kilometern Geschwindigkeit ohne Anstoß zu passieren, war ein Wagnis von unerhörter Kühnheit. Der verwegene Flieger war Charles Godefroy.

Versammlungsberichte.

Zentralverband der Zimmerer. Am 8. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, worin zunächst Kamerad Brünner Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erstattete. Sodann berichtete Kamerad Förkel über die Verhandlungen von dem hiesigen Tarifamt wegen einer Teuerungszulage. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, die Verhandlungen in Berlin abzuwarten, die am 12. August beginnen werden, um dann erst Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Gegen die Abrechnung vom zweiten Quartal wurden keine Einwendungen gemacht. Als Gesellschaftler für das Gewerkschaftshaus wurde Kamerad Meinhardt gewählt. Am 29. August wird Heinrich Ehlers, Frankfurt, über die gegenwärtige Situation und die Aufgabe unseres Zentralverbandes sprechen. Ein Antrag wünscht die Feststellung, wer von unsern Mitgliedern schon aus der Landeskirche ausgeschieden ist. Der Vorsitzende unterbreitete der Versammlung den Vorschlag des Vorstands über Entschädigung der Bezirkskassierer und Mittel für Agitationszwecke. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Eine Statistik wurde bekanntgegeben, aus der zu ersehen ist, daß noch viele Kameraden der U. S. P. fernstehen und auch noch keine Leser des Volksblatts sind. Darum sei es Pflicht eines jeden Kameraden, auch auf diesem Gebiet tatkräftig mit zu arbeiten. Notwendig ist es, daß die Platzdelegierten jede Versammlung besuchen. Die Kameraden der Zahlstelle Köthen befinden sich seit dem 1. August im Streik. Um der Wohnungsnot wesentlich abzuhelfen, ist es Pflicht eines jeden Kameraden, der Angaben machen kann über leerstehende Räume oder Zimmer, den Vorstand davon in Kenntnis zu setzen.

Sozialdemokratischer Verein für Halle-Saalkreis (U. S. P. D.).

Folgende Beträge gingen bis zum 1. Juli ein: Versammlungen in Brachwitz 19,17 Mk., im Stadtgymnasium 18,75 Mk., in Trotha 47,50 Mk., Zwintschöna 31,10 Mk., Löbejün 20,57 Mk., Rothenburg 30,05 Mk., Gimritz 10,00 Mk., Schlettau i. S. 6,00 Mk., Trebitz-Könnern 20,26 Mk., Büschdorf 17,50 Mk., Naundorf 17,20 Mk., Lindenhof 24,81 Mk., Kaiser-Wilhelmshalle 59,01 Mk., Torschule 33,43 Mk., Volkspark 89,48 Mk., durch Krauser 30,15 Mk., Lettin 20,60 Mk., bei Schnabel 10,95 Mk., Döllnitz 30,25 Mk., Dieskau 33,44 Mk., Büschdorf 33,40 Mk., Liste 61 N. W. 6,45 Mk., Liste 62 N. W. 16,00 Mk., Liste 144 N. W. 9,10 Mk., Liste 133 N. W. 4,00 Mk., Liste 104 Magdeburg & Werther 26,50 Mk., Liste 116 N. W. 8,00 Mk., Unbekannt 5,00 Mk., Liste 3 St. W. 4,10 Mk., Liste 5 St. W. 8,25 Mk., Liste 101 St. W. 4,50 Mk., Liste 102 St. W. 3,50 Mk., Liste 92 St. W. 7,00 Mk., Liste 36 St. W. 8,50 Mk., Liste 37 St. W. 11,50 Mk., Liste 38 St. W. 15,00 Mk., Liste 39 St. W. 11,80 Mk., Liste 40 St. W. 11,00 Mk., Liste 41 St. W. 10,90 Mk., Liste 42 St. W. 17,90 Mk., Liste 43 St. W. 10,75 Mk., Liste 44 St. W. 9,70 Mk., Liste 45 St. W. 6,00 Mk., Liste 47 St. W. 9,50 Mk., Liste 48 St. W. 0,50 Mk., Kohlmann 5,00 Mk., Pretzsch-Zwintschöna 3,00 Mk., Straßenbahner-Sektion 27,50 Mk., Geschäftsmann Zscherben 10,00 Mk., Bandoniumklub Kleinkugel 8,00 Mk., N. H. 8,00 Mk. **Das Parteisekretariat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0006
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. August 1919.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse.

In der am Montag, den 18. August, im Volkspark stattgefundenen Besprechung über die Veranstaltung von Unterrichtskursen in doppelter Buchführung, sind folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Unterricht findet Montags, Mittwochs und Freitags von 6—8 Uhr statt. Die Dauer des Einführungskurses wird etwa 18 Stunden in Anspruch nehmen, so daß in drei Wochen dieser Kursus beendet sein muß.

2. Für Bücher, Lehrerhonorar und Klassenreinigen soll eine einmalige Entschädigung von 5 Mk. von jedem Teilnehmer entrichtet werden.

3. Der Kursus soll voraussichtlich am 25. bzw. 27. August erfolgen, jeder Teilnehmer bekommt schriftlichen Bescheid, in welchem Unterrichtslokal er sich einfinden soll.

4. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Anmeldungen zu diesem Kurse nochmals erfolgen, da die zuerst eingereichten Listen nicht mehr maßgebend sind, auch ungenügend und unvollkommen waren.

Name, Wohnung und Arbeitsstätte müssen deutlicher als bisher geschrieben sein. Die in Wechselschicht arbeitenden Teilnehmer müssen es möglich machen, sich mit ihren Arbeitskollegen zu verständigen, so daß ein Schichttausch stattfinden kann. Die Neuanmeldungen für diejenigen, welche nicht in der Besprechung anwesend waren, müssen bis spätestens Donnerstag, den 21. August, abends 6 Uhr, mündlich oder schriftlich beim Arbeiterrat, Stadthaus, Schmeerstraße 1, zwei Treppen, erfolgen. Für Eisenbahner und in Wechselschicht Arbeitenden, wird ein besonderer Kursus abgehalten. Die Bekanntmachung hierzu erfolgt später.

Rechte und Pflichten der Postbeamten im neuen Staate.

Eine am gestrigen Sonntag in der Kaiser-Wilhelmshalle abgehaltene öffentliche Versammlung des Hallischen Postpersonals nahm nach Anhörung eines Vortrages über „Rechte und Pflichten der Postbeamten im neuen Staate" und nach Aussprache über die Notwendigkeit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lebenslage, sowie über die Regelung von Einstellungen und Entlassungen folgende Entschließung einstimmig an:

„Das heute in der Kaiser-Wilhelmshalle versammelte Postpersonal erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in bezug auf Rechte und Pflichten ihrerseits, die es im neuen Staate hat, voll und ganz einverstanden. Die Versammelten erklären, ihre diesbezüglichen Rechte voll und ganz auszunützen und durch festen Zusammenschluß auf freigewerkschaftlicher Grundlage noch weiter auszubauen. Da die Versammelten der Ansicht sind, daß das gesamte Postpersonal seinen Verpflichtungen dem Staate gegenüber bis jetzt in jeder Beziehung nachgekommen ist, so fordern sie mit vollem Recht, daß auch der Staat ihnen gegenüber seine Pflichten besser als bisher in den Vordergrund rückt. Vor allem fordern die Versammelten für die Gesamtheit des Postpersonals eine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende einmalige Beschaffungszulage und eine umgehende Neuregelung ihrer Löhne und Gehälter, damit sie in den Stand gesetzt werden, nach wie vor ihren Dienstpflichten nachzukommen und um ihr und ihrer Angehörigen Leben fristen zu können.

Bezüglich der in Aussicht genommenen Entlassungen unter dem Postpersonal, vor allem bei dem Postaushilfspersonal, erwarten die Versammelten, daß von der Oberpostdirektion einwandsfrei nach den vom Demobilmachungsausschuß festgelegten Richtlinien verfahren wird. Abweichungen davon würden ohne weiteres von dem gesamten Postpersonal mit allen Mitteln zurückgewiesen werden müssen. Ueber die zur Entlassung zu stellenden Beschäftigten ist in jedem Falle mit den Personalausschüssen, gegebenenfalls unter Zuziehung der in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationsleitungen, eine Verständigung herbeizuführen."

Deutscher Arbeitersängerbund, Gau Mitteldeutschland.

Der glänzende Aufstieg aller Arbeiterorganisationen macht sich auch im Arbeiter-Sängerbund bemerkbar. Aber Zehntausende von Arbeitern stehen noch abseits und befinden sich im Gefolge der bürgerlichen Gesangvereine. 75 Prozent aller Arbeitersänger sind unsere Arbeitsbrüder und zum großen Teil gewerkschaftlich und politisch organisiert. Alle Einwände gegen ihren Beitritt zu den Arbeitergesangvereinen sind so leicht zu zerstreuen, daß eine rege Agitation für den Arbeitersängerbund viel Erfolg verspricht. Die Arbeitersänger in den bürgerlichen Vereinen werden wegen ihrer schönen Stimmen gehätschelt. Während des Krieges hat man sie als patriotische Staffage benutzt, zu Siegesgesängen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Weist man die Arbeitersänger auf ihr unwürdiges Verhalten hin, dann verlassen einzelne die bürgerlichen Vereine, aber nicht, um zu uns zu kommen, sondern um sich verletzt abseits zu stellen. Alle Arbeitersänger sollten bedenken, daß die Arbeitersängerbewegung ein Glied der modernen Arbeiterbewegung überhaupt ist. Schon Lassalle ist für die Gründung von Arbeitergesangvereinen eingetreten, um unter ihre Fahne alle freiheitlich Gesinnten zu sammeln. Auch August Bebel hat den Wert des Arbeitergesanges voll anerkannt.

Es ist Pflicht der Arbeitersänger in den bürgerlichen Vereinen, zu beantragen, zum D. A. S. B. überzutreten. Bis zum Ausbruch des Krieges zählte der Bund 128 000 Mitglieder, ging dann auf 16 000 zurück und ist heute schon wieder auf 85 000 angestiegen. Die Vorteile, die den einzelnen Vereinen wie Sängern durch den Zusammenschluß entstehen, sind so groß und vorteilhaft, daß es sich wohl lohnt, einiges hier anzuführen, z. B.: Anschaffung von Freiheitschören, Verbilligung des Notenmaterials, Ausbau unserer Sängerzeitung, Ausbau unseres Liederverlags usw. Ueberall und immer ist es die Musik gewesen, die den ermüdeten Nerven wieder frische Stärkung zuführt. So steht es auch mit der vokalen Musik, dem Gesange.

Sangesbrüder! Die ihr noch in den bürgerlichen Vereinen seid, tretet aus und schließt euch uns an, denn so tragt auch ihr dazu bei, die Kunst des Gesanges in die Proletarierherzen zu tragen, was uns als Proletarierkinder in der Schule vorenthalten war. Wir rufen alle Arbeitersänger zur Mitarbeit auf, damit unsere Freiheitslieder zu dem werden, was sie sein sollen, zum Gemeingut des ganzen Volkes. Oft hört man den Einwand, daß Gesang mit Politik nichts zu tun habe. Das ist falsch, denn in den bürgerlichen Vereinen wird offensichtlich Politik getrieben. Deshalb ist es doppelte Pflicht aller denkenden Arbeitersänger, die die heutige große Zeit erkannt haben, sich dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund anzuschließen, um so auch durch die Pflege des freien Liedes der großen herrlichen Idee des Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Wir rufen euch nochmals zu: „Wo frei das Lied und wahr das Wort, da ist des Sängers schönster Hort." Darum meldet euch dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund als Mitglied an.

Anmeldungen sowie jede weitere Auskunft erteilt und nimmt entgegen, der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Miteldeutschland). J. A.: Heinrich Koch-Halle, Dölauer Straße 30.

Der Hallische Fliegertag und die Kraftdroschkenbesitzer.

Von interessierter Seite wird uns geschrieben: So lobenswert das Bestreben ist: die deutsche Fliegerei auf die Höhe zu bringen, so verwerflich ist auf der anderen Seite das Wirken einzelner Behörden. Alle Autobesitzer werden wiederholt von der Mineralölversorgungs-G. m. b. H., Berlin, Abt. Betriebsstoffe, auf Freigabeanträge zwar keinen Betriebsstoff, wohl aber in bestimmten Zwischenräumen ablehnende Schreiben bekommen haben, die in ungeheuren Massen verschickt wurden. Es wurde den Autobesitzern anheimgestellt, in etwa vier bis sechs Wochen erneut anzufragen. Daraus geht also hervor, daß Betriebsstoffe für diejenigen, die die Personenbeförderung per Kraftwagen beruflich betreiben, absolut nicht zu erhalten sind. Einsender dieses hat den letzten Betriebsstoff am 1. April bewilligt erhalten. Wer aber glaubt, daß bei den militärischen Stellen mit Betriebsstoff und Bereifung ebenso gespart wird, der irrt sich gewaltig. Denn am Hallischen Fliegertage hat die hiesige Militärbehörde das Publikum in einer ganzen Reihe Last- und Personenwagen, die die stolze Aufschrift trugen: „Personenbeförderung vom und zum Flugplatz, befördert. Nicht für umsonst, aber für den Preis von 2 Mk. pro Person. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: Den Kraftdroschkenbesitzern werden Betriebsstoffe und Gummi vorenthalten. Sie müssen hohe Steuern bezahlen, der Verdienst ist ganz klein. Aber die Behörden selbst nehmen ihnen noch den kleinsten Verdienst weg und befördern das Publikum für 2 Mk. zum Flugplatz. Diese Stellen können das auch, denn sie zahlen keine Steuer, bekommen billigen Betriebsstoff und billige Bereifung in ausreichenden Mengen von der Freigabestelle und brauchen auch keine Kontrolle durch Gewerbepolizei zu befürchten. Die Abrechnung der Militärwagenführer mit dem Flugplatz vollzog sich folgendermaßen: Der ankommende Wagenführer händigte einem vor der Platzeinfahrt stehenden Oberkontrolleur in Offiziersuniform ein Bündel Geldscheine ein und erhielt 2 Mk. Trinkgeld ohne weitere Kontrolle durch Buch oder Karten. Die Kraftdroschkenführer haben beschlossen, wenn ihre Geschäfte infolge Verweigerung von Betriebsstoffen pleite gegangen sind, sich für ähnliche Veranstaltungen den Landesjägern als Wagenführer zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen die Klagen der Kraftdroschkenbesitzer als durchaus berechtigt anerkennen. Es hätte sich sehr wohl ermöglichen lassen, ihnen ebenso wie den sonst Kohlen fahrenden Lastautos der Kraftwagenkolonne den erforderlichen Betriebsstoff zum niedrigen Preise zuweisen zu können.

---

* **Sozialistische Studentengruppe, Bildungskursus.** Wegen Erkrankung des Referenten muß der heutige abend über Buchführung ausfallen. Es wird durch die Zeitung bekanntgegeben, wann der Vortrag stattfindet.

* **Aus dem Magistrat.** Der Vorsitzende der Armen-Direktion, Kriegsunterstützungs-Kommission und städtischen Kriegshinterbliebenenfürsorge, Herr Stadtrat Dr. Tepelmann, ist vom 14. August bis 10. September beurlaubt. Unterstützungsgesuche und sonstige Schreiben sind deshalb nicht an seine persönliche Adresse, sondern an die Armen-Direktion, die Kriegsunterstützungs-Kommission oder städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge zu richten. Es sei bei dieser Gelegenheit wiederholt in Erinnerung gebracht, daß Schreiben in städtischen Angelegenheiten stets nur an den Magistrat oder die betreffende Dienststelle, nicht an die einzelnen Magistratsmitglieder zu richten sind. Andernfalls treten nur Verzögerungen ein, da persönlich adressierte Briefe auch nur persönlich von den Dezernenten geöffnet werden dürfen.

* **Die allgemeine Lohnbewegung der Handels- und Transportarbeiter** für Halle und Umgegend ist durch eine dieser Tage abgehaltenen Sitzung der Arbeitgeberverbände und dem Transportarbeiterverband vor dem Schlichtungsausschuß in ein vielleicht ersprießliches Fahrwasser geraten, denn beide Parteien einigten sich wie folgt: Die Lohnverhandlungen zwischen den einzelnen Berufsgruppen der Arbeitgeber sind sofort aufzunehmen und müssen bis Ende dieser Woche dazu geführt haben, daß diese Gruppen sich zu einer Arbeitgebergemeinschaft zusammen geschlossen haben. Bis zu diesem Zeitpunkt muß auch zwischen beiden Parteien die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft vollzogen sein. Deren erste gemeinsame Verhandlung hat spätestens am Montag, den 25. August stattzufinden. Weiter wurde Einverständnis darüber zwischen den Parteien erzielt, daß das zu schließende Abkommen rückwirkende Kraft bis zum 1. August haben soll.

Es wird sich nun zeigen, ob die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit den festen Willen haben, einen Frieden herbeizuführen, unter dem beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, nebeneinander arbeiten können. In einer nächste Woche stattfindenden öffentlichen Versammlung aller Berufsangehörigen, wird die Lohnkommission über die Verhandlungen Bericht erstatten.

* **Die erneute Erhöhung der Milchpreise** wird in einer Zuschrift der Behörden wie folgt begründet: Mit Wirkung vom 1. August sind vom Oberpräsidenten die Erzeugerhöchstpreise für Vollmilch, Magermilch, Butter und Käse erhöht worden. Für die Erhöhung der Milchpreise war einmal die ständige Steigerung der Gestehungskosten maßgebend, sodann besonders aber auch die Tatsache, daß von den an die Provinz Sachsen angrenzenden Provinzen und Freistaaten mehrere schon längst für Milch höhere Preise als die Provinz Sachsen haten und zum Teil noch heute haben. Damit war die große Gefahr gegeben, daß die Milch aus der Provinz Sachsen herausgezogen und an besserzahlende Großstädte und Industrieorte außerhalb Sachsens geliefert wurde. Es wäre nicht möglich gewesen, die Milchlieferanten zur Weiterlieferung im bisherigen Umfange an Orte der Provinz Sachsen zu zwingen, wenn die Milchpreise der Provinz dauernd erheblich niedriger als die der größeren Nachbargebiete geblieben wären. Es haben deshalb auch Vertreter einzelner Großstädte der Provinz sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der bisherigen Milchversorgung eine Erhöhung der Milcherzeugerpreise sich nicht mehr vermeiden lasse. Dementsprechend müssen auch die Städte und Landkreise eine Erhöhung der Kleinhandelspreise für Milch vornehmen. Gleichzeitig mußte eine Erhöhung der Butter- und Käsepreise erfolgen, da diese den jeweiligen Milchpreisen angepaßt sein müssen. — Es ist kennzeichnend für den Patriotismus der agrarischen Kriegsgewinnler, daß sie ihre Produkte nur dorthin bringen, wo ihnen der größte Wuchergewinn winkt. Beschämend zugleich aber für die Behörden, denen es an Kraft mangelt, die profitwütigen Zeitgenossen zur Erfüllung ihrer Menschenpflicht zu zwingen. Es ist einfach ein Skandal, daß sich die Bevölkerung auch jetzt noch von den agrarischen Schnapphähnen in schrankenloser Weise ausbeuten lassen muß.

* **Straßenarbeiten am Alten Markt.** In dem Straßenzuge Schmeerstraße, Alter Markt, Rannischestraße und Franckeplatz werden in den nächsten Tagen Pflasterarbeiten ausgeführt. Die Besitzer der anliegenden Grundstücke sind gehalten, etwaige Hausanschlüsse für Kanal, Gas, Wasser, elektrische und Fernsprechleitungen, soweit solche neu hergestellt oder geändert werden müssen, jetzt ausführen zu lassen, da in den nächsten drei Jahren Ausgrabungen in der genannten Straßenstrecke nicht gestattet werden. Es wird begonnen mit den Bürgersteigen in der Schmeerstraße von dem Marktplatz an. Wenn diese ungefähr fertig sind, wird der Fahrdamm aufgebrochen; der Straßenbahnverkehr wird auf der Baustrecke eingestellt, aber auf der Strecke von da bis zum Rannischen Platz durch Pendelverkehr aufrechterhalten.

* **Der Ortstarif für Angestellte und die Arbeitgeber.** Ein Ortstarif ist nun endlich eingeführt, aber es gibt, seitdem derselbe bereits schon am Tage der Unterzeichnung in Kraft treten sollte, eine Anzahl von Firmen, die durch alle möglichen Winkelzüge die Anerkennung hinausschicken oder ganz verweigern. Solche Firmen, darunter welche mit 40 bis 60 Angestellten und mehreren Direktoren, bewiesen dadurch nur, daß sie keine Spur von sozialen Verständnisses besitzen und daß sie, trotzdem ihnen und den Herren Direktoren die Notlage ihrer Angestellten bekannt ist, kaltlächelnd darüber hinweggehen und nur darauf bedacht sind, ihre eigene Tasche zu füllen. Haben doch meistens die Herren Direktoren Prozente vom Reingewinn und befürchten sie doch, daß dieser kleiner wird, wenn den Angestellten ihre berechtigten Forderungen bewilligt werden.

Angestellte, laßt euch dies auf die Dauer nicht mehr gefallen, organisiert euch, denn nur durch Einigkeit erreicht ihr etwas. Seid ihr aber zu schwach und machtlos, so erhebt wenigstens öffentlich Protest gegen eine solche schändliche Handlungsweise eurer Firmen und stellt diese durch Nennung der Namen öffentlich an den Pranger. Gebt eurer Organisation, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, diese Firmen bekannt, damit sie öffentlich bekanntgemacht werden können.

* **Reine Seifen.** Man schreibt uns: Die hiesigen Zeitungen haben darauf hingewiesen, daß demnächst wieder reine deutsche Seifen in den Handel kommen. Bedauerlicher Weise enthielten die einzelnen Artikel aber Unrichtigkeiten und sind deshalb nicht geeignet, Klarheit in das Publikum zu tragen, zum Teil sind sie sogar irreführend gewesen. Zur Richtigstellung sei folgendes bemerkt: 1. Es wird nicht möglich sein, dem Verbraucher die Seifen vor Oktober zugänglich zu machen da erst jetzt die Fabriken mit den nötigen Rohstoffen beliefert werden 2. Es gibt auf den Kopf und Monat gegen Seifenkarte entweder 50 Gramm Toiletteseife oder 50 Gramm Kernseife oder 50 Gramm Rasierseife. 3. Um eine glatte Belieferung an den Handel zu ermöglichen, ist es notwendig, daß jeder, der diese Seifen zu haben wünscht, schnellstens die Feinseifenabschnitte für Oktober an seinen Händler, der ihm dafür entsprechende Gutscheine ausstellen muß, abgibt. Auf diese Gutscheine gibt es dann auch die erste Seife. 4. Die Händler haben die Marken ehestens beim Stadternährungsamt einzuliefern und erhalten Empfangsbestätigungen dafür, welche sie dann wieder so bald als möglich ihrem Lieferanten einzusenden haben. Erst dann erfolgt die Belieferung.

* **Der allgemeine Telegrammverkehr mit Frankreich** ist wieder eröffnet. Zugelassen sind vorläufig nur Handelstelegramme in offener deutscher, englischer, französischer, italienischer und japanischer Sprache. Die Wortgebühr beträgt für Frankreich 25 Pfennig, für Algier und Tunis 45 Pfennig.

* **Bissiger Hund.** Gestern abend kam von einem Ausflug aus der Heide eine Gruppe Waisenmädchen vom Röserstift (Böllberg). Plötzlich fuhr der große Hund des Bäckermeisters Hahndorf in die Gruppe hinein. Im Nu wälzten sich Hund und Mädchen im Straßenstaube. Entsetzensschreie ertönten von dem angefallenen Mädchen. Langsam kam der Besitzer heran, um das durch Bisse in Arm, Bein und Gesäß schwerverletzte arme Mädchen in seine Wohnung zu bringen. Es ist derselbe Hund, der durch sein wütendes Gekläff im Hofraum unter dem Eisentor Vorübergehende schon arg erschreckt hat.

* **Spurlos verschwunden** ist seit einer Woche der 12 Jahre alte Schulknabe Kurt Cammichau. Der Knabe ist etwa 1,20 Meter groß, bekleidet mit blauem Matrosenanzug und barfuß. Er hat finsteren Gesichtsausdruck. Es ist anzunehmen, daß der Knabe sich irgendwo aufhält, da er schon des öfteren aus Abneigung gegen den Schulbesuch davongelaufen ist. Auch so eine Folge des Krieges: Der Vater noch heute in Gefangenschaft, die Mutter von frühmorgens an auf Arbeit, um die hungrige Kinderschar zu ernähren. Müssen da nicht die sich selbst überlassenen Kinder verwildern?

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Freie Jugend. Heute abend 8 Uhr, im Volkspark, Diskussionsabend.

Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. Die Versammlung der Pächter des Bundesackers am Galgenberg, findet am Donnerstag, den 21. August, abends 8¼ Uhr, im Schreberschlößchen statt. Um einen Weg zum Geschäftszimmer zu sparen, können 1,50 Mk. Wächtergeld und 4,20 Mk. für Einzäunung in der Versammlung bezahlt werden. Ausweiskarte mitbringen.

Volkspark. Auf das heute im Volkspark stattfindende Große Gartenkonzert der Hallischen Bergkapelle, die nunmehr wieder vollzählig erscheint, weisen wir empfehlend hin. Der schöne schattige Garten dürfte jedem Besucher einige angenehme Stunden der Erholung bieten.

Apollotheater. Es wird nochmals auf die heutige Erstaufführung der Operette Die Förster-Christl, von Georg Jarno, aufmerksam gemacht. Ein Werk, das durch seine musikalischen Schönheiten bekannt ist und sich seit Jahren einen hervorragenden Platz im Spielplan aller Operettenbühnen gesichert hat.

Bad Wittekind. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, Extra-Konzert vom Seifert-Orchester. Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

Ammendorf. Arbeiterrat. In der letzten Sitzung des Großen Arbeiterrates wurde Kenntnis genommen von verschiedenen Eingängen, u. a. ein Schreiben von den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, welche ihr Amt als A. R. niederlegen. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen. Dann wurde Bericht erstattet von der stattgefundenen Kontrolle der Sonntagsarbeit und Innehaltung der achtstündigen Arbeitszeit bei den Gewerbetreibenden. Eine weitere Kontrolle in der Gemeinde Burg hatte ergeben, daß die Einwohner mit zu wenig Auslandsmehl beliefert waren. Es hat sonach jeder Einwohner noch 275 Gramm Mehl je Kopf zu erhalten. Der Gemeindevorsteher erklärte, nicht gewußt zu haben, daß auf den Kopf 250 Gramm je Woche entfällt. Ferner wurde über die schlechte und von der Reichskohlenstelle verordnete eingeschränkte Kohlenbelieferung verhandelt. Darüber wird in der nächsten Gemeindevertretersitzung noch verhandelt werden. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß die Bergleute nicht mehr gewillt sind, die Kohlen deshalb zutage zu fördern, damit ihre eigenen Klassengenossen, die Arbeiter, keine davon erhalten. Die Bergassessoren können sich in ihren Kellern vor Kohle nicht retten und uns gibt man gnädigst ½ Zentner, und das noch nicht einmal je Woche. Man besitzt sogar die Dreistigkeit zu sagen, wir haben hier genug Kohlenvorräte. Eine Beschwerde ist an den Reichskommissar für Kohlenverteilung abgesandt. Des weiteren wurde der Bericht vom Bezirks- und Kreisarbeiterrat entgegengenommen. Die Sitzung wurde mit einer Mahnung an die regelmäßigen Sitzungsschwänzer geschlossen.

Ammendorf. Freie Jugend. Mittwoch, den 20. August, abends 6 Uhr, im Zeichensaal der Fortbildungsschule in Ammendorf, Versammlung sämtlicher Fortbildungsschüler. Genosse Dörr-Ammendorf spricht über Aufgaben und Rechte der Schülerräte. — Sämtliche Mitglieder der Freien Jugend treffen sich um 8 Uhr in der Broihanschenke, um den Vortrag des Genossen Scholem Halle anzuhören. Nachdem Diskussionsabend im vorderen Zimmer des Lokales. — Sonnabend, den 23. August, abends 7 Uhr, Treffpunkt auf dem Schillerplatz zwecks Nachttour nach Freiburg a. U. Die Jüngeren beteiligen sich am Sonntag, den 24. August, an der Besichtigung des Krematoriums in Halle, veranstaltet vom Bildungsausschuß. Treffpunkt um 7 Uhr früh auf dem Schillerplatz in Ammendorf.

Döllnitz. Arbeitende Jugend. Am Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in Döllnitz eine öffentliche Jugendversammlung statt. Jugendgenosse Hoffmann-Halle spricht über die Forderungen der arbeitenden Jugend.

Lieskau. In der am 16. August abgehaltenen Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, die Staffelung der Gemeindesteuerzuschläge nach dem Gesetz vom 8. 6. 19 rückwirkend vom 1. April 19 durchzuführen. Durch die Einführung dieser Staffelung erwächst der arbeitenden Bevölkerung insofern ein Vorteil, daß die Einkommen unter 1500 Mk. von den Gemeindesteuerzuschlägen ganz befreit sind, die Einkommen unter 3900 Mk. zu niedrigeren Sätzen herangezogen werden, während die Einkommen über 6500 Mk. den dadurch entstehenden Steuerausfall zu tragen haben. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Anerkennung und Finanzierung des Arbeiterrates, versuchten der Schöffe Götze und Gemeindevertreter Hartwig gegen den Arbeiterrat im allgemeinen und die Wahl desselben im besonderen zu sprechen. Ihre Einwendungen wurden aber von unseren Genossen glatt widerlegt. Sogar vom Gemeindevorsteher mußten sich die Feinde des Arbeiterrates belehren lassen, daß sie sich wegen der Wahl im Irrtum befinden, die Wahl ordnungsmäßig vorgenommen ist und der Arbeiterrat zu Recht besteht. Darauf kommt es ja diesen Kreisen auch gar nicht an. Für sie ist es vielmehr die Hauptsache, Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu bringen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter angenommen und erhalten die Arbeiterräte bei notwendigen Kontrollen ihren dadurch entstandenen Lohnausfall ersetzt. Der Gemeindevorstand von Dölau hatte auf ein an ihn gerichtetes Schreiben wegen Erhöhung des Wassergeldes so geantwortet, daß er auf unsere Anfrage gar nicht eingegangen war. Es soll der Gemeinde Dölau mitgeteilt werden, daß endgültiger Bescheid in dieser Angelegenheit gefordert wird. Auf das vom Landrat wegen Zuzugsverbot eingegangenen Schreibens soll eine Eingabe an den Regierungspräsidenten gemacht werden. Auch hierbei entdeckte der Vertreter Paul Götze sein gutes Herz für die hiesigen Arbeiter, indem er nachweisen wollte, daß die angeführten Mißstände gar nicht so schlimm wären. So sieht das Wohlwollen der bürgerlichen Vertreter für die Arbeiter aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0007

Friedrichschwerz-Brachwitz. Am Sonntag fand für beide Distrikte eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Gasthaus Friedrichschwerz statt. Genosse Hildebrandt behandelte in längerem Vortrag die Angriffe, die von den politischen Parteien und der gegnerischen Presse gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhoben werden. Er wies nach, daß in der Friedensfrage die Partei keinen anderen, als den von ihr eingenommenen Standpunkt vertreten konnte und daß die Entwicklung diesen Standpunkt rechtfertigte. Eingehend behandelte dann Redner die Frage der Sozialisierung, um am Schluß unsere Stellung zur Internationale zu begründen. Die am Donnerstag in Halle angenommene Entschließung legte Redner der Versammlung zur Beschlußfassung vor und empfahl, einen Delegierten zu wählen, der den Distrikt auf der kommenden Kreisgeneralversammlung zu vertreten hat. Nach kurzer Debatte fand die Entschließung einstimmige Annahme. Genosse Emmrich-Friedrichschwerz wurde als Delegierter gewählt. Die Genossen von Brachwitz werden in einer besonderen Versammlung zur Delegiertenwahl Stellung nehmen. Dann wurde die Reorganisation des Distrikts Friedrichschwerz besprochen. Es wurde beschlossen, eine Distriktsleitung zu wählen. Zum Distriktsführer wurde Genosse Richard Gorgas, zum Kassierer Genosse Emmrich, zum Schriftführer Genosse Röder bestimmt.

Wettin. Stadtverordnetensitzung. Buchbindermeister Jäckel ersucht den Magistrat um Ueberlassung von 100 Quadratmeter Unland neben seinem photogrphischen Atelier zum Preise von 50 Mk. Dieser Preis wurde, da als zu gering erachtet, auf 100 Mk. erhöht, zumal dieses Land zu Garten umgearbeitet werden soll. Die Versammlung schloß sich dem an. Eine anregende Aussprache entspann sich über den Kleinwohnungsbau. Eine vor längerer Zeit gewählte Kommission hatte sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt. Diese erklärte: Bei der schlechten Finanzlage unserer Stadt empfiehlt es sich nicht, die Häuser in eigener Regie zu erbauen, da sie so teuer wären. Den Reflektanten will die Stadtbehörde behilflich sein und bei Beschaffung des nötigen Materials fördernd eingreifen. Auch will sie sorgen, daß Staats- und Gemeindezuschuß rechtzeitig zur Stelle sind. Für Spekulationsbauten werden keine Zuschüsse bewilligt. Die Bauzuschüsse sollen durch Anleihe aufgebracht werden. Die Versammlung stimmte der Vorlage für vorläufig 10 Wohnhäuser zu. Es bietet sich hier für manchen Genossen Gelegenheit, sich ein eigenes Heim zu schaffen. Durch diese Bauten ist die hiesige Wohnungsnot noch lange nicht behoben.

Könnern. Jugendversammlung. Am Mittwoch, abends 8½ Uhr, findet im Bürgergarten eine öffentliche Jugendversammlung statt. Jugendgenosse Berger-Dresden spricht über die Forderungen der arbeitenden Jugend.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterstelle Ilmenau:

Mittwoch, den 20. August: Wechselnde Bewölkung, kühler, vereinzelte Regenschauer.

Der Religionsunterricht.

Von Artur Sopenhauer.

Durch stetes Vorsagen, von Jugend auf, kann man jeden Aberglauben dem Menschen als fixe Idee einpfopfen. Aber was mehr ist: solche eingepfropfte Idee wird, wie die Abrichtung der Jagdhunde, am Ende erblich, wenn lange Zeit von Geschlecht zu Geschlecht die Einpfropfung wiederholt wird: und dann wird sie wirklich eine angeborene Idee. So ist's erklärlich, daß die eine Hälfte der Welt einen gewissen Begriff für angeboren und notwendig erklärt, während die andere ihn perhorreszziert.

Ja, nicht allein auf die Mitteilung der Gedanken, sondern auf das Denken selbst erstreckt sich jener Zwang, den die privilegierte Metaphysik ausübt, dadurch, daß ihre Dogmen dem zarten, bildsamen, vertrauensvollen und gedankenlosen Kindesalter, unter studiertem, feierlich ernstem Mienenspiel so fest eingeprägt werden, daß sie, von dem an mit dem Gehirn verwachsen und fast die Natur angborener Gedanken annehmen, wofür manche Philosophen sie daher gehalten haben, noch mehrere aber sie zu halten vorgeben.

Wenn die Welt erst ehrlich genug geworden sein wird, um Kindern vor dem fünfzehnten Jahr keinen Religionsunterricht zu erteilen, dann wird etwas von ihr zu hoffen sein.

Verzeichnis unserer Parteiblätter.

Unabhängiger Sozialdemokratischer Zeitungsdienst, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.
Freiheit, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Volksfreund, Braunschweig, Schloßstraße 8.
Bremer Arbeiterzeitung, Bremen, Steffensweg 5.
Schlesische Arbeiterzeitung, Breslau 1, Nikolaistraße 49-50.
Die Wahrheit, Bernburg, Steinstraße 2-4.
Freier Volkswille, Kottbus, Mühlenstraße 40.
Das freie Volk, Danzig, Jopengasse 8.
Volkszeitung, Düsseldorf, Wallstraße 10.
Unabhängige Zeitung, Dresden, Rosenstraße 107, Hinterhaus 1 Tr.
Tribüne, Erfurt, Kleine Arche 1.
Volkstribüne, Elberfeld, Robertstraße.
Eisenacher Volkszeitung, Eisenach, Postschließfach 76.
Volksrecht, Frankfurt a. M., Große Friedberger Straße 32.
Reußische Tribüne, Gera (Reuß), Alte Schloßgasse 11.
Gothaer Volksblatt, Gotha, Mohrenstraße 18.
Reußische Volkszeitung, Greiz, Breusingstraße 12.
Volksstimme für Mark und Sauerland, Hagen i. W., Kampstr. 5.
Volksblatt, Halle (S.), Harz 42-44.
Hamburger Volkszeitung, Hamburg 23, Friedenstraße 2.
Oberfränkische Volkszeitung, Hof i. B., Marienstraße 87.
Morgenröte, Hettstedt (Südh.), Freimarkt 37.
Volksrecht, Hannover, Roscherstraße 6.
Neue Zeitung, Jena, Lutherplatz 7.
Republik, Kiel, Knooperweg 51.
Freiheit, Königsberg i. Pr., Hamannstraße 3.
Die sozialistische Republik, Karlsruhe i. B., Körnerstr. 4.
Die sozialistische Republik, Köln a. Rh., Mühlenbach 38.
Volkszeitung, Langensalza i. Th., Langestraße 6.
Leipziger Volkszeitung, Leipzig, Tauchaer Straße 19-21.
Volkszeitung für das Muldental, Leipzig, Tauchaer Str. 19-21.
Tribüne, Mannheim, Prinz-Wilhelm-Straße 17.
Der Kampf, München, Schellingstraße 39.
Nordhäuser Volkszeitung, Nordhausen i. Th., Wolfstraße 14.
Sozialdemokrat, Nürnberg, Augustinerstraße 1.
Volkszeitung, Plauen i. V., Parkstraße 13.
Volkszeitung Pirna, Pirna, Gartenstraße.
Bergische Volksstimme, Remscheid, Bismarckstraße 37.
Regensburger Echo, Regensburg, Straubinger Straße 28 a.
Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Hochstraße 23.
Sozialdemokrat, Stuttgart, Ludwigstraße 26 b.
Volksstimme, Schmalkalden i. Th., Auergasse 9.
Magdeburger Volkszeitung, Schönebeck, Markt 2.
Der Kämpfer, Stettin, Kaiser-Wilhelm-Straße 73.
Freie Presse, Thorn i. Westpr., Badenstraße 23.
Die Tat, Wilhelmshaven, Hollmannstraße 17.
Volksbote, Zeitz, Donaliesstraße 12-13.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Harz 42/44.

Sprechstunden nur wochentags von 11 bis 1 Uhr und abends von 5 bis 8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Dauerwäsche eingetroffen!
Kragen, Manschetten und Vorhemden, Manschettenschoner für Oberhemden,
Steife Einlagen für Sportkragen. 3459
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Walhalla- Operetten-Theater.
Letzt. Gastspielmonat
Direkt. Felix Meinhardt.
Heute u. folg. Tage:
Das Gesetz. 3462
Soziales Drama in drei Akten von Paul Bader.
Anfang ½8 Uhr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr

Thalia Theater.
Heute, Dienstag:
Vereinsvorstellung. *2291
Ausverkauft!

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Volkspark.
Burgstrasse 27.
Heute, Dienstag, den 19. August, abends 8 Uhr:
Gr. Garten-Konzert.
Ausgeführt von der Hallischen Bergkapelle.
3446 Die Geschäftsleitung.

3 Könige, Varieté, Kl. Klausstr. 7.
Eine Stunde köstlichen Humors bietet ihnen das neue Programm.
Neue Posse: **Papas Liebling.** 3445

B. B.B. Beth's Bunte Bühne.
Wie eine Granate
schlug das 3433
2. neue Pracht-Programm ein.
Künstler und Künstlerinnen 1. Ranges.
Stimmung. — Humor.
Nur anständige Sachen, keine Zoten. 3433

Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.
Mittwoch von 5 Uhr an: 2187
Oeffentlicher Ball

Keine Wanze mehr für M. 2.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal I und II zu erzielen.
Restlose Wanzen- und Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Viele Dankschr. Doppelpack. Mk. 2.50. Ausreichend für 1—3 Zimmer u. Betten.
Mottenfraß. Retten Sie Ihre Garnitur Teppiche, Pelz, Wollsachen usw. Nicht die fliegende Motte ist der Schädling, sondern die **Mottenmade.**
Diese beseitigt restlos **Nicodaal III.** Preis per Dose Mk. 2,50.
Alleinverkauf: Drog. **Karl Kuhnt,** Gr. Ulrichstrasse 51. Bei Eins. v. Mk. 2.70, od. Postscheckkonto Berlin 31 286 portofreie Zusendung durch **Herm. A. Groesel,** Berlin, Königgrätzer Str. 49. *1518

Albrechts Naturheilanstalt.
Meine Heilanstalt habe ich verkauft; sobald ich von der Reise zurückkomme, werde ich meinen Beruf wieder aufnehmen.
*2300 **Dir. Albrecht.**

Idealer Frauenschutz, medizinisch anerkannter Prospekt gratis. *2286
Wiltberger & Co, Stuttgart 509.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der

Dampf-Waschanstalt Halloria
Halle a. S.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt
Fernsprecher 5692
Weil ich dort **binnen 8 bis 10 Tagen** bedient werde.
Auf Wunsch wird auch ausgebessert. 3461

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen! 3458

Ehe ohne Kinder!!
Nach aufgehob. Beschlagnahme versenden wir: **Die Vorbeugung der Empfängnis Mk. 3.50. Die Beseitigung der Mutterschaft Mk. 4. Vernichtung des keimenden Lebens Mk. 2.** Porto extra.
*2301 **Volksbuchhandlg. Plessner, Berlin W 8,** Leipziger Str. 23 H.

Bitte jeden, welcher den Schüler 3450
Kurt Commichau
sieht, diesen der nächsten Polizei zu übergeben.
Fr. Commichau
Halle a. S., Zenkerstr. 2.
Beschr.: Blauen Matrosenanzug, finst. Gesichtsausdruck, barfuß, 1,20 m groß.

Restbestände

in derben **Hosenträgern,**
Paar 95 ₰ u. 1.25
3434 **Dauerwäsche-Vertrieb**
Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts Ecke Sternstr.

Rasiere Dich selbst. 3456
Gute Apparate
in allen Preislagen.
Sobel,
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr. 3

Ab heute:
Fred Horst,
der Meisterdetektiv in seinem Abenteuer
Das verrückte Hotelzimmer.
4 spannende Akte. 4
Asta Nielsen
die große Künstlerin, in dem 4 akt. Drama
Die Börsenkönigin.
Spannende Handlung, glänzendes Spiel.
Künstler-Kapelle.
Orpheum,
Steinweg 12.
3455

Handkörbe
sind zu verkaufen.
*2298 Kaufe
Lumpen, Knochen, altes Eisen, Papier.
Als Mitglied der Fellverwertung zahle für Felle bessere Preise.
Paul Hoffmann,
Ammendorf,
Beesener Straße 1.

Empfehl. z. Anschaffung:
Die Schuld am Weltkriege
von Fürst Lichnowsky. Pr. 80 Pf., Porto 5 Pf.
Schuld und Sühne
von Kurt Eisner, Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
von Dr. Max Adler., Pr. 60 Pf. Porto 5 Pf.
Was jeder vom Staatsbankerott wissen muß.
Von Fr. Roehr.
Preis 2,50 Mk.
Porto 15 Pf.
Die Sozialist. Volkswehr
m. Vorw v. E. Däumig. Pr. 50 Pf., Porto 5 Pf.
Sozialdemokratie u. staatsbürgerliche Erziehung.
Geschichtlich, systemat. und kritisch dargestellt von Rob. Seidel. Zürich 1918. Preis 8.— M., Porto 15 Pf.
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44

Apollo-Theater.
Heute, abends 8 Uhr
zum 1. Male: 3448
„Försterchristl“.
Operette v. G. Jarno.
Christl . H. Janowitz.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Bad Wittekind.
Mittwoch, den 20. Aug., abends 8 Uhr:
Extra-Konzert,
ausgeführt vom
Seifert-Orchester.
Leitung:
Musikdir. Rich. Seifert, Bayrisch. Militär-Musikmeister a. D.
Eintrittspreise:
Erwachsene . . 75 Pf.
Kinder . . . 40 „
*2304 Nachzahlung für Abonnenten:
Erwachsene . . 50 Pf.
Kinder . . . . 25 „

Bio
Gr. Ulrichstr. 57.
3 Tage tot. 3457
Spannendes Detektiv-Abenteuer in 3 Akten.
Der Fluch der alten Mühle.
Ein Liebesroman von der Waterkant in 4 Akten.

Arbeitsmarkt

Konsumverein f. Jeßnitz u. Umg.
*2302 E. G. m. b. H.
Wir suchen zum **1. September 1919** für unsere **Filiale in Wolfen** ein nicht unter 16 Jahren altes
Lehrmädchen.
Bewerbungen sind bis zum 25. August an den Vorstand schriftlich einzureichen.

Maurer
gesucht. Meldung im Bureau. 3447
Hoffmann & Tüchelmann,
Hoch- und Tiefbaugeschäft, Riemeyerstraße 18/19.

Aeltere, selbständig arbeitende 3452
Klempner
sucht Hermann Lücke, Gr. Brunnenstr. 22.

Suche für meinen kinderlosen Haushalt eine *2289
Wirtschafterin
(24—30 Jahre alt).
Off. unter U. S. an die Expedition d. Bl. erbeten.

13jäh. Schulmädchen
für nachm. gesucht 3442
Postfstr. 10, Putzgeschäft.

Jung. Mädchen
für den ganzen Tag gesucht.
3443 Geseniusstr. 8 II lks.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Bandonium-Spieler
Achtung!
Zwecks **Gründung** eines **Bandonium-Orchesters** (nicht gewöhnlicher Art) werden tüchtige Blattspieler, welche vor allem großes Interesse bezw. Ausdauer besitzen, **gesucht.** 3441
Treffpunkt: **Donnerstag, den 21. August,** abends 8 Uhr, **Zum Kronprinz,** Friedrichstraße.

2188 **Möbel-Transporte**
sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Achtung!
Warne hiermit jedermann, meiner Frau, der **Marie Hankel** geb. Heine auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. *2299
Langenbogen, d. 19. 8. 19.
Emil Hankel.

Zum Landhaus
Merseburger Strasse 95.
*2305 **Mittwoch:**
Tanzkränzchen.

Partei-Schriften
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

3 Gang Räder f. Handwg. u. 1 Klappwg. z. vk. *2297
Ammendorf, Hindenburgstr. 48.

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Geräucherte Knackwurst aus Roßfleisch.

Am Dienstag, Mittwoch und Sonnabend dieser Woche können die bei den Roßfleischhändlern Thurm (Glauchaerstr. 79), Quandt (Langestr. 21), Müller (Pfännerhöhe 41), Böhlert (Glauchaerstr. 75), Zaubitzer (Steinweg 52), Puppe (Gr. Steinstr. 67), Möbius (Delitzscherstr. 78), Strömer (Kl. Sandberg 14), Holland (Torstr. 43), Weinrich (Böllbergerweg 30), Thurm (Reilstr. 10) zum Roßfleischbezug angemeldeten Personen 250 Gramm leicht geräucherte Knackwurst aus Roßfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Roßfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekannt zu geben, welche Nummern an den einzelnen Verkaufstagen und Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Ein Anspruch auf Verabfolgung der Wurst besteht nicht, dieselbe kann nur soweit abgegeben werden, als der Vorrat reicht. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 250 Gramm 2.50 Mk.

3460 **Matinee-Stoffe, Hemdentuch, Druck,** z. sehr mäß. Preisen.
Leipziger Str. 103, I.

Gr. Dobermann
entlaufen. *2296
Geg. Belohnung abzugeb.
Lieskau, Granauerweg 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190819-17/fragment/page=0008